

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 27 / September 2008

ISSN 1439-2011

Reine Zeitverschwendung?

Ein offener Brief an Friedensstifter

Von Simon Fisher und Lada Zimina

Übersetzung von Annedore Smith
unter Mitwirkung von Anne Schmidt-Rossiwal

Inhalt

Ein offener Brief an Friedensstifter	4
Danksagung	6
Die Autoren	6
Kapitel Eins: Ein Zeitfenster für eine große Chance	7
1.1 Der gegenwärtige globale Kontext	7
1.2 Notwendige Entscheidungen	11
Kapitel Zwei: Was hat die Friedensbewegung bisher erreicht?	12
2.1 Wer sind die „Friedensstifter“ und wofür stehen sie?	12
2.2 Friedensarbeit der Zivilgesellschaft: Bisherige Errungenschaften	13
2.2.1 Spezifische Grundlagen von Konzept und Methodologie	13
2.2.2 Einfluss nehmen – von der Graswurzel- bis zur Regierungsebene	15
Kapitel Drei: Was hält uns zurück?	20
3.1 Interne Differenzen schwächen die Bewegung	20
3.1.1 Visionen und Werte	20
3.1.2 Transformative und technische Ansätze	22
3.2 Das Verhältnis zu Machthabern: Unterwürfigkeit verhindert Transformation	28
3.2.1 Die Rolle der Mittelvergabe	31
3.3 Die wohl gehütete Autonomie: Rivalitäten der Organisationen behindern gemeinsame Strategien	34
3.4 Die Tiefe der nötigen Expertise: Mangel an einfallsreicher Ausbildung von kompetentem Fachpersonal	36
3.5 Auf die Lücken achten?...	37
Kapitel Vier: Eine Agenda für transformativen Friedenaufbau?	40
4.1 Was können wir tun? – eine Agenda	40
4.1.1 Rechenschaftspflicht	40
4.1.2 Globale Anliegen	41
4.1.3 Stärkung der Bewegung	43
4.1.4 Netzwerke und Verbindungen	44
4.1.5 Den Wandel herbeiführen	47
4.1.6 Aus Taten lernen	48

4.2 Was können wir sagen?	50	
4.2.1 Den politischen Wandel erzeugen	51	
Fazit	52	
Illustrationen		
Tabelle 1.		
Konträre Ansätze zur Friedensarbeit: „technisch“ versus „transformativ“	24	
Schaubild 1.		
Beziehungen der Zivilgesellschaft zu Machteliten: ein Spektrum der Optionen.	30	
Schaubild 2.		
Zivilgesellschaft und transformative Friedensarbeit: Lücken und Optionen	39	
Fallstudien		
1	Conflicts Forum – dort hingehen, wo Regierungen nicht hingehen würden.	15
2	Concerned Citizens for Peace, Kenia 2008	17
3	Das Programm von Search for Common Ground zum Thema „Frauen und Regierungsarbeit“ in Burundi – was macht ein Projekt wirklich transformativ?	27
4	Das Centre for Nonviolent Action (Zentrum für gewaltfreie Aktion) auf dem Balkan – Prinzipien und Finanzen	33
5	African Centre for the Constructive Resolution of Disputes (Afrikanisches Zentrum für die konstruktive Lösung von Streitigkeiten) – wo sind die Zusammenhänge?	36
6	Aufgreifen von sich abzeichnenden wichtigen Themen – International Alert und International Crisis Group (Internationale Krisengruppe)	42
7	„Connect Four“ (Verbindung von vier Bereichen) – eine Initiative zur Entwicklung einer gemeinsamen strategisch-politischen Plattform in Großbritannien	46
8	Studien zur angewandten Konflikttransformation – einen Pool von interaktiven Akteuren aufbauen.	49

Ein offener Brief an Friedensstifter

Liebe Freunde,

wir grüßen Euch. Wenn Eure Arbeit und Euer Interesse auf friedlichen Wandel ausgerichtet sind, dann ist dieser Brief für Euch bestimmt. Vielleicht arbeitet Ihr auf einem der folgenden Gebiete: Entwicklungspolitik, Menschenrechte, gesellschaftliche Beziehungen oder Umweltfragen, oder Ihr arbeitet direkt für den Frieden. Eure Aktivitäten lassen sich vermutlich auf vielfältige Weise definieren: Konfliktsensibilität, Friedensarbeit, Konflikttransformation oder sozialer Wandel. Mit Euch allen würden wir gerne eine große Sorge teilen.

Die beiden Autoren dieses Briefes gehören unterschiedlichen Generationen an und kommen aus verschiedenen Teilen der Welt. Wir haben beide voller Hoffnung unsere Arbeit für den Frieden aufgenommen. Wir haben uns der sozialen und politischen Transformation verschrieben, und das hat uns zusammengeführt. Wir haben geglaubt, in der Friedensarbeit einen Ort zu finden, wo Visionen, Werte und Praxis zusammentreffen. Bei der Arbeit für den Frieden, so dachten wir, gehe es um weit reichende Veränderungen im Weltgefüge, um Gewalt in all ihren Formen zu reduzieren und durch gewaltfreie Methoden der Konfliktlösung allgemeines Wohlergehen zu fördern.

Wir reagieren mit diesem Brief auf die Äußerungen und Ansichten von Kollegen und Partnern, mit denen wir in verschiedenen Teilen der Welt zusammengearbeitet haben. Viele von ihnen sind in lokalen Gruppen und Organisationen engagiert und haben eine ganze Reihe der Themen, die hier behandelt werden sollen, zur Sprache gebracht oder darüber geschrieben. Oft werden die Gruppen vor Ort von zivilgesellschaftlichen Organisationen in der nördlichen Hemisphäre finanziert und fühlen sich deshalb nicht frei genug, um die Rolle von internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs) zu hinterfragen. Wenn sie es dennoch tun, sind sie sich oft nicht sicher, ob man ihnen zuhört.

Nach unserer Einschätzung besteht zurzeit die große Chance, dass Friedensarbeit durch Konflikttransformation ein Stadium der Reife erlangt und von Regierungen ebenso wie von sozialen Bewegungen und auch Wirtschaftsunternehmen ernst genommen wird. Denn die großen Krisen lassen sich nach wie vor eben nicht mit militärischen Mitteln lösen, und globale Umweltprobleme führen zu schier unlösbaren neuen Konflikten.

Die Ereignisse nach den Parlaments- und Präsidentenwahlen in Kenia zu Jahresbeginn 2008 haben bewiesen, wie mächtig und kreativ die Zivilgesellschaft bei gezielter Mobilisierung und Führung sein kann. Doch trotz ihrer vielfältigen Errungenschaften haben die meisten Friedensaktivisten heute immer noch keine klare Vorstellung von ihren Zielen. Nur wenige Praktiker ebenso wie Theoretiker scheinen ihre Arbeit für den Frieden in einem größeren Zusammenhang zu sehen und sich auch mit gesellschaftlichen Widersprüchen auseinanderzusetzen. Friedensarbeit als Aktivität der Zivilgesellschaft läuft damit Gefahr, eine große Chance zu verpassen und für echte Veränderungen irrelevant zu werden, ob nun auf lokaler oder globaler Ebene. Kein Wunder, dass kürzlich ein Seminar für Friedensstifter auf dem Balkan den Titel trug: „Sind wir einfach nur Gutmenschen, die ihre Zeit verschwenden?“

Viele INGOs einschließlich derjenigen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe haben offenbar nur konfuse Vorstellungen über ihr Verhältnis zum Frieden. Dies beeinträchtigt ihre politischen Zielsetzungen, so dass sie sich oft mit einem ineffektiven minimalistischen Ansatz zufrieden geben. Wenn sie ihre Unsicherheit überwinden könnten, hätte ihre Arbeit unserer Meinung nach einen viel größeren und dauerhafteren Einfluss. Dieser

offene Brief mag einige unbequeme Fragen aufwerfen. Wir hoffen aber, dass er die Arbeit der Friedensaktivisten erleichtern kann, indem er ihnen Anreize und Anleitungen für mehr Effektivität bietet

Wir wollen in diesem offenen Brief nachvollziehen, warum viele Friedensstifter nicht mehr die Visionen hochhalten, die die ersten Pioniere der Bewegung inspirierten. Sie haben sich auf einen „technischen“ Ansatz der Konfliktbearbeitung verlegt anstatt des „transformativen“ Ansatzes, der ursprünglich vorherrschend war. Der technische Ansatz mag durchaus praktische Lösungen für dringliche Probleme bieten, und er mag damit auch zur wachsenden Bedeutung vieler internationaler und lokaler Organisationen beitragen, die solche Lösungen zustande bringen. Er vernachlässigt aber die einem Problem zugrunde liegende Dynamik und die relevanten sozialen Systeme. So, wie Friedensarbeit im Moment betrieben wird, verfestigt sie in vielen Fällen das bestehende Weltgefüge. Letzteres kann - wenn man uns den Jargon und die grobe Vereinfachung verzeiht - mit zwei Schlagwörtern umschrieben werden: geopolitische Hegemonie und globale Wirtschaftsunternehmen, die auf Kosten des Planeten und des Wohlergehens seiner Bewohner, einschließlich der Menschen, operieren. Viele Friedensstifter täuschen damit unbeabsichtigt andere und sich selbst und werden zu Kollaborateuren einer Weltordnung, die in ihrem Innersten ungerecht, unhaltbar und zerstörerisch ist. Haben diese Aktivisten – also wir – das Gespür dafür verloren, was für eine Art Frieden wir schaffen müssen?

Dieser offene Brief weist noch auf weitere Schwächen hin, die den Erfolg der Friedensarbeit unterlaufen. Dazu gehören eine unangemessene Unterwürfigkeit gegenüber politischer und wirtschaftlicher Macht (was häufig zur Vereinnahmung führt), ein chronischer Mangel an Kooperation innerhalb der Zivilgesellschaft und ein drastischer Mangel an Friedensfachkräften mit der Erfahrung und Expertise, die für eine Bearbeitung komplexer Konflikte notwendig sind.

Was ist zu tun? Wir hoffen, dass dies das Thema ausgiebiger Diskussionen sein wird. Die Ergebnisse werden hoffentlich vielfältig und reichhaltig sein. Persönlich halten wir es für möglich, auf mindestens zwei Ebenen gleichzeitig zu arbeiten: Zum einen bedarf es einer Initiative innerhalb der globalen Zivilgesellschaft zur Entwicklung und Förderung eines Katalogs der besten Ratschläge und Prinzipien. Dieser könnte sich aus den weltweit besten Praktiken für eine friedliche Lösung gewaltsamer Konflikte und ihrer Ursachen herauskristalisieren und dann gezielt eingesetzt werden, um Regierungen und die Wirtschaftswelt gleichermaßen von der Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels zu überzeugen. Hier ist es entscheidend, einen allumfassenden Ansatz zu finden. Zum anderen müssen wir die Gemeinschaft der Friedensstifter und insbesondere die INGOs zu besseren Organisationsstrukturen anhalten, damit sie einen solchen Wandel effektiv steuern können. Zu diesem Zweck müssen Friedensaktivisten allen Bequemlichkeiten abschwören und ihre Vision wieder entdecken sowie ihre Relevanz in einer Welt voller miteinander verflochtener Bedrohungen des Gemeinwohls. Wir glauben, dass dies zu einer viel tieferen Integration unserer Arbeit führen wird, insbesondere zur engeren Vernetzung mit Aktivisten, die sich den Schlüsselproblemen unserer Welt widmen – wirtschaftliche Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Unterdrückung (Verweigerung von Rechten und Partizipation). Ziel ist eine systematischere Integration von Transformationselementen in jede Aktivität und jedes Programm, vom kleinsten bis zum größten Umfang. Ein solcher Wandel setzt die Bereitschaft voraus, sich mit aller Kraft zu vernetzen und neue Partnerschaften aufzubauen. Er erfordert ferner, dass Friedensaktivisten ihren eigenen Einflussmöglichkeiten vertrauen und diese gezielt nutzen. Und er verlangt die Bereitschaft, auf allen Ebenen aus Taten und Erfahrungen zu lernen und neue Chancen zu nutzen.

Wie man es von Praktikern nicht anders erwarten würde, hat dieser offene Brief ein sehr praxisorientiertes Ziel: Akteure dazu zu bringen, dass sie die Vision und die Relevanz von Friedensarbeit und Konflikttransformation wieder entdecken, dass sie die notwendigen Veränderungen klar definieren, sich zu eigen machen und sich überall auf der Welt dafür einsetzen - und dass sie in einem überzeugenden Dialog Bereitschaft demonstrieren, Druck auszuüben und zugleich selbst Ergebnisse zu liefern. Dieser Brief aus einer überwiegend

praxisorientierten Perspektive muss nun von anderen Standpunkten aus hinterfragt und weiterentwickelt werden. Er reflektiert die zwangsläufig begrenzte Erfahrung seiner Autoren. Wir heißen alle Anregungen willkommen. Sollten wir jemanden vor den Kopf gestoßen haben, dann bitten wir um Verzeihung: Es ist nicht mit Absicht geschehen.

Wir glauben, es hat noch nie einen besseren Zeitpunkt gegeben, um die Ansicht infrage zu stellen, dass Gewalt und Krieg „funktionieren“, also ihre vorgegebenen Ziele erreichen könnten - dies gilt für den Terrorismus ebenso wie für staatliche Militärinterventionen. Es gab noch nie einen günstigeren Augenblick, die Wirksamkeit alternativer Methoden der Konfliktbearbeitung unter Beweis zu stellen, um einen gerechten Frieden zu schaffen.

Bitte, nehmt Euch die Zeit, diesen Brief zu lesen und mit Kollegen zu erörtern. Er kann von der Web-Site www.lettertopeacebuilders.ning.com herunter geladen werden. Wir rufen Euch auf, Eure Anmerkungen dazu an lettertopeacebuilders@gmail.com zu richten. Wäret Ihr daran interessiert, einige dieser Gedanken weiter zu entwickeln und in konkretes Handeln umzusetzen?

Simon Fisher und Lada Zimina

März 2008

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen, die uns Rückmeldungen zum Entwurf dieses Briefes geliefert haben, insbesondere Bridget Walker, Diana Francis, Paul Clifford, Emma Leslie, David Atwood, Kollegen der Organisation Responding to Conflict sowie Nick Perks und der Joseph Rowntree Charitable Trust.

Die Autoren

Simon Fisher ist freiberuflicher Berater, Trainer und Autor. Er hat unmittelbare Erfahrung mit Konflikten, Entwicklung und Wandel in vielen Ländern. Fisher hat mit örtlichen und internationalen Organisationen sowie mit Regierungen und den Vereinten Nationen zusammengearbeitet. 1991 gründete er in Birmingham die britische Organisation Responding to Conflict (Reaktion auf Konflikte - RTC) und wurde deren erster Direktor. Seitdem war es seine Priorität, die aktive Vernetzung engagierter Friedensaktivisten auf globaler und regionaler Ebene sicherzustellen und Initiativen für Frieden und Gerechtigkeit zu unterstützen. Zu seinen Büchern gehören: „Working with Conflict: Skills and Strategies for Action“ (Arbeit mit Konflikten: Fertigkeiten und Strategien zum Handeln), RTC/Zed Books 2000 (als Ko-Autor) sowie „Spirited Living: Waging Conflict, Building Peace“ (Geistvolles Leben: Konflikte abwägen, Frieden aufbauen), Quaker Books 2004.

Lada Zimina ist eine Friedensfachkraft aus Kasachstan mit Einsatzerfahrung in den Regionen Zentralasien und dem Kaukasus sowie auf weiterer internationaler Ebene. Sie hat sich auf die kritischen Aspekte der Friedensarbeit konzentriert wie Sicherheit und Kontrolle leichter Waffen, konträre Geschichtsauffassungen, wirtschaftliche Interessen und die Verwaltung von Ressourcen sowie Friedens- und Konflikterziehung. Ihr besonderes Interesse gilt der Weiterbildung der Zivilgesellschaft im Umgang mit Konflikten und der Erforschung möglicher Verknüpfungen zwischen Entwicklungspolitik und Konflikttransformation. Sie ist ehemalige Stipendiatin im Chevening-Programm des britischen Außenministeriums.

Kapitel Eins: Ein Zeitfenster für eine große Chance

1.1 Der gegenwärtige globale Kontext

Die Menschen leben heutzutage in anscheinend unterschiedlichen Welten und betrachten die Welt insgesamt mit unterschiedlichen Augen. Einige identifizieren sich mit nationalen oder wirtschaftlichen Interessen, weil sie sich davon Schutz versprechen. Andere distanzieren sich davon und hoffen, dass der Status quo nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer Welt sein möge, die mit Hilfe internationaler Verträge und rechenschaftspflichtiger globaler Organisationen gerecht und demokratisch regiert wird. Wieder andere sehen sich nur einer Welt voll massiver Ungerechtigkeit und Heuchelei gegenüber - basierend auf der Wirtschaft und Politik der Globalisierung.

Wo immer sich einzelne Menschen im politischen Spektrum auch wiederfinden mögen, die meisten würden darin übereinstimmen, dass die globale Gesellschaft zum gegenwärtigen Zeitpunkt instabil und voller Konflikte ist und dass Veränderungen zum Guten ebenso wie zum Schlechten sehr schnell eintreten könnten. Was immer die politische Einstellung des Einzelnen auch sein mag, so kann doch überzeugend argumentiert werden, dass jeglicher Wandel in der Regel von globalisierten Wirtschaftsinteressen angetrieben wird und dass Regierungen diesem Prozess mehr oder weniger bereitwillig hinterher hinken. Als Ergebnis können Millionen Menschen mit einem ständig höheren Lebensstandard rechnen, während sich Abermillionen andere von einer Mischung aus vier zentralen Faktoren bedroht sehen: von wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Armut; Verweigerung von Rechten und Beteiligungschancen in der Gesellschaft; Klimawandel und Energiebeschränkungen; bewaffneter Gewalt¹.

Verflochtene Faktoren

Diese vier Faktoren werden oft als voneinander unabhängige Phänomene separat behandelt, obwohl sie doch eng miteinander verknüpft sind. Die Friedensbewegung hat sich lange Zeit auf den Krieg konzentriert sowie auf die Ursachen für einen Krieg, aber Kriege und organisierte Gewalt können nicht länger losgelöst gesehen werden von anderen Schlüsselfaktoren der menschlichen Gesellschaft.

Angesichts globaler Ungerechtigkeit und Schädigung der Umwelt werden Kriege zweifellos zum Instrument der Macht - und ebenso zum Instrument des Widerstands und der Befreiung. Aber tiefer Unmut über Armut und Ausgrenzung sind weitere auslösende Faktoren für einen Krieg. Ferner werden Kriege nur allzu oft dazu benutzt, wirtschaftliche und politische Dominanz auszuweiten – mit anderen Worten: aus reiner Habgier.

Was immer die Gründe oder Rechtfertigungsversuche für einen Krieg sein mögen, seine Auswirkungen sind nicht nur Leid und Tod in einem schier unvorstellbaren Ausmaß. Ein Krieg trägt auch zur weiteren Verschärfung der Armut und allen damit verbundenen Faktoren von Elend und Verlust bei: durch Zwang zur Flucht, Durchkreuzung von Lebensplänen und Zerstörung der Infrastruktur, die für wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Die Verknappung von Ressourcen und das Verlangen, diese auszubeuten und zu kontrollieren,

¹ Die in den folgenden Absätzen präsentierte Analyse basiert auf früheren Studien einer informellen Arbeitsgruppe, in der Simon Fisher mitgewirkt hat. Einzelheiten sind nachzulesen bei: Diana Francis: „A project to transform policy, starting in the UK“ (Ein Projekt zur politischen und programmatischen Transformation mit Ausgangspunkt in Großbritannien), CCTS Review 35, November 2007. Verfügbar unter <http://www.c-r.org/ccts/ccts35/review35.pdf>. Siehe auch Fallstudie Nummer sieben, Seite 49

mögen wichtige Faktoren für einen gewaltsamen Konflikt sein, doch ein Krieg führt gleichzeitig zu massiven Verwüstungen und zur Zweckentfremdung derselben Ressourcen, die für eine Bekämpfung der Armut doch so notwendig wären. Ebenso zerstört, verschmutzt und vernichtet ein Krieg die Erde, ihre Atmosphäre und ihre Kreaturen. Seine negativen Auswirkungen auf die Umwelt sind verheerend und werden doch weitgehend übersehen von denjenigen, die nicht unmittelbar betroffen sind. Trotz alledem werden Kriege weiterhin als nützliches Mittel betrachtet, weil sie oft kurzfristige wirtschaftliche und politische Vorteile bringen.

Die Missachtung der Rechte und der Bedürfnisse anderer Menschen, die ausbeuterischen Systemen ebenso innewohnt wie Kriegen, geht einher mit einer groben Verletzung der Menschenrechte innerhalb einer Gesellschaft - durch interne Fraktionen ebenso wie durch Regierungen, die dem Einfluss solcher Gruppen Einhalt gebieten sollten. Es ist geradezu ein Hohn, in welchem Ausmaß mächtige Staaten, die sich als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten darstellen, eben diese Werte mit Füßen treten, indem sie sich in illegale und moralisch verwerfliche Kriege stürzen und die Menschenrechte auch im eigenen Lande beschneiden.

Gewaltsame Formen des Kampfes um oder gegen Dominanz sind an der Tagesordnung. Damit einher geht die völlige Einschränkung oder schleichende Aushöhlung von individuellen Rechten und Freiheiten: Die Freiheit und die Möglichkeit, sich am sozialen und politischen Leben aktiv zu beteiligen, wird drastisch reduziert. In relativ sicheren und privilegierten Ländern wiederum führen Materialismus und Verdruss zum Rückgang der politischen Partizipation, wodurch die Demokratie, die solche Länder als ihr Fundament beanspruchen, unterlaufen wird. Politisches Engagement manifestiert sich hier zunehmend in Bürgergruppen, die sich nur bestimmten Themen widmen, etwa der Umwelt. Solche Gruppen sind zwar wichtig, aber sie laufen Gefahr, den gesamtgesellschaftlichen Überblick zu verlieren und nur noch an vereinzelt Symptomen herumzudoktern.

Wandel im globalen Machtgefüge

Vor diesem Hintergrund leben wir in einer Welt, die im Wandel begriffen ist - und in der wirtschaftliche und umweltpolitische Nachhaltigkeit eindeutig fehlt. Das globale Machtgefüge verändert sich - so ist es kein Zufall, dass das Hauptthema beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2007 die sich wandelnde "Machtgleichung" war. Führende Wirtschaftsvertreter und Politiker stimmen darin überein, dass es schwieriger geworden ist, die Welt zu lenken. Denn das einpolige, US-dominierte Weltgefüge wird allmählich von einem viel komplexeren System abgelöst, das sich nicht mehr von nur einer Gruppe oder einem Staat dominieren lässt. Auf horizontaler Ebene führen Schlüsselfaktoren wie der Aufstieg von Indien und China und die immer größere Abhängigkeit von begrenzten Energievorkommen zu einem weitaus breiteren, multipolaren Gefüge, das immer unberechenbarer erscheint.

Zugleich verlieren viele Regierungen Machtanteile an nicht-staatliche Akteure. Große Unternehmen sind für sich genommen viel mächtiger als viele kleine Staaten. INGOs² wie

² Es gibt pathetische Begriffe, mit denen das Engagement der Zivilgesellschaft beschrieben wird - „ein supranationaler Wirkungskreis der sozialen und politischen Partizipation, in dem Bürgergruppen, soziale Bewegungen und engagierte Einzelpersonen in einen Dialog treten, debattieren, sich auseinandersetzen und verhandeln - sowohl miteinander als auch mit verschiedenen internationalen, nationalen und kommunalen Regierungsstellen sowie mit der Geschäftswelt.“ (H. Anheier, M. Glasius und M. Kaldor (Hrsg.): „Global Civil Society“ (globale Zivilgesellschaft), Oxford University Press, 2001, Seite 4). In diesem offenen Brief verwenden wir die Begriffe „zivilgesellschaftliche Organisationen“, um die lokalen und nationalen Organisationen und Gruppen zu beschreiben, und „internationale Nichtregierungsorganisationen“ (INGOs), um zivilgesellschaftliche Organisationen zu beschreiben, die hauptsächlich in der nördlichen Hemisphäre angesiedelt sind und über die Grenzen ihrer Heimatländer hinweg operieren.

Greenpeace, Oxfam und Human Rights Watch gelingt es immer mehr, ihre Anliegen auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen. Und übergreifende Organisationen wie die Europäische Union, die Weltbank und selbst die Vereinten Nationen konnten ihren Einfluss in letzter Zeit festigen oder weiter ausbauen. Moderne Technologien haben vielen dieser nicht-staatlichen Akteure neuen Spielraum ermöglicht oder sie überhaupt erst geschaffen - wie die globale Bewegung der Blogger, zusammengeschlossen in der Organisation „World Have Your Say“ (Welt, rede mit!). Sie kann viele Menschen mobilisieren und weltweit über Themen von aktuellem Belang Meinungen artikulieren. Individuellen Bloggern ist klar geworden, welchen enormen Einfluss sie ausüben können, wenn sie sich unmittelbar zu bedeutenden Ereignissen äußern - wie sich ganz dramatisch während des Aufstands in Birma im Herbst 2007 gezeigt hat. Mit diesem Wandel haben nicht-staatliche Netzwerke aller Art auch die Fähigkeit erlangt, massiven Druck zu erzeugen.

Diese Zersplitterung der Macht hat in vielen Teilen der Welt die traditionelle Macht von Staaten, ihrer eigenen Bevölkerung ebenso wie anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen, unweigerlich unterlaufen. Ein Indiz für diesen Wandel ist die Tatsache, dass es in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele bemerkenswerte Fälle eines Regimewechsels durch zivilen Widerstand und die Macht des Volkes gegeben hat.³

Unangemessene Reaktionen

Die gegenwärtigen Ansätze vieler Regierungen im Umgang mit Ungerechtigkeit und Konflikten basieren trotz alledem auf der Prämisse, alles sei noch so wie früher. Kein Wunder, dass sie deshalb häufig kontraproduktiv sind. Auch wenn die weltweite Gesamtzahl gewaltsamer Konflikte heute relativ niedrig ist⁴, müssen wir nur auf den Irak und Afghanistan sowie auf Darfur, Simbabwe und Israel/Palästina schauen, um zu erkennen, dass die Mächtigen immer noch der Wirksamkeit von Waffeneinsätzen scheinbar blind vertrauen – mit verheerenden Folgen für die Menschheit und den Planeten. Eine militärische Betrachtungsweise der Welt dominiert nach wie vor die Politik. Die Fähigkeit und der politische Wille der globalen Gemeinschaft, Konflikte und Ungerechtigkeiten mit friedlichen Mitteln zu überwinden, sind hoffnungslos unterentwickelt angesichts der Erfordernisse von heute und erst recht von morgen. Das Risiko, dass schwere Konflikte aus einem System komplexer Verflechtungen heraus erwachsen könnten, wird kaum beachtet.

Internationale Friedenskräfte wiederum und andere Aktivisten der globalen Zivilgesellschaft, die den Frieden fördern wollen, bleiben schwach. Sie konzentrieren sich bei ihrer Arbeit gewöhnlich nur auf einen eingeschränkten Blickwinkel, ohne die Verflechtungen und Wandlungen des Systems voll in Betracht zu ziehen. Folglich sind ihre Strategien meist unangemessen, weil sie letztlich nur dazu dienen, die Umstände zu verfestigen, die überhaupt erst zu Gewalt und Krieg geführt haben.

Positive Zeichen?

Wenn reine Machtausübung und militärische Gewalt für die Mächtigen dieser Welt die bevorzugte Option im Umgang mit unbändigen Konflikten bleiben, dann kann man kaum optimistisch sein bezüglich des kurz- oder mittelfristigen Wohlergehens von Millionen

³ Für eine kurze Liste der Bewegungen des zivilen Widerstands siehe „Selected Cases of Civil Resistance Since 1945“ (Ausgewählte Fälle des zivilen Widerstands seit 1945) unter http://www.sant.ox.ac.uk/esc/civil_resistance/map_and_Timeline.pdf

⁴ Im Jahr 2006 gab es insgesamt 32 bewaffnete Konflikte, ein Rückgang von einem Durchschnitt von über 60 in den ersten Jahren nach Ende des Kalten Krieges. Siehe L. Harbom und P. Wallensteen: „Armed Conflicts 1989-2006“ (Bewaffnete Konflikte 1989-2006), Journal of Peace Research, vol. 44, Nr. 5, September 2007

Menschen. Auch ein erfolgreiches Reagieren auf den verheerenden Klimawandel scheint dann kaum möglich.

Dennoch könnte sich all dies allmählich ändern. An vielen Orten und auf vielen Ebenen gibt es Anzeichen dafür, dass eine Suche nach neuen Wegen der Konfliktbearbeitung im Gange ist. Zum Beispiel räumen die Streitkräfte in Großbritannien und den USA immer häufiger öffentlich ein, dass Kriege nicht mehr funktionieren – selbst für sie nicht mehr.⁵ Dennoch gibt es bislang nur wenige Hinweise darauf, dass die Notwendigkeit eines Umdenkens von der Politik öfter als nur sporadisch und unsystematisch akzeptiert wird. Und schon gar nicht gibt es Anzeichen für einen systematischen Plan, wie man dieses Umdenken fördern könnte. Institutionelle Veränderungen bei den Vereinten Nationen wie die Gründung der neuen UN-Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission) sind ein Anfang, aber das reicht bei weitem nicht aus angesichts der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind.

Es gibt Ausnahmen für diese Regel, insbesondere unter den skandinavischen Regierungen. Auch in Großbritannien hat sich gezeigt, dass in Regierungskreisen ein tiefes Verlangen nach neuen Einsichten und Modellen mit Bezug auf den Frieden besteht. Dort gab es Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung, um Abteilungen für Konfliktbearbeitung einzurichten – insbesondere im Ministerium für Internationale Entwicklung (DFID) und im Außenministerium (FCO). Das DFID hat die Erarbeitung eines neuen Strategiepapiers zu Konflikten eingeleitet.⁶ Ein neuer parlamentarischer Ausschuss aller Parteien zum Thema Konflikte hat sich dem Ziel verschrieben, realistische gewaltfreie Alternativen in die politische Debatte einzubringen, und er erweckt allmählich Aufmerksamkeit in politischen und militärischen Kreisen, auch wenn seine Botschaft noch nicht überall verstanden wird.

Für Optimisten gibt es noch weitere internationale Anzeichen für einen positiven Wandel. Darauf verweisen die folgenden Beispiele:

- *Ein Meilenstein bei den Vereinten Nationen:* Im April 2007 trat der UN-Sicherheitsrat erstmals zur Erörterung des Klimawandels zusammen. Erstaunlicherweise geschah dies – auf Antrag der britischen Regierung – im Zusammenhang mit einer Diskussion über Konflikte und Sicherheit. Und erstaunlicherweise wurde breite Übereinkunft erzielt, dass der Klimawandel eine klare Bedrohung darstellt, vielleicht sogar die größte Bedrohung, für internationale Beziehungen und globale Stabilität in der Zukunft.
- *Veränderungen im internationalen Konsens:* Die Denkweise, wie Konflikte am wirksamsten angegangen werden sollten, hat sich in den vergangenen 15 Jahren enorm weiterentwickelt. Ungeachtet der Dominanz der Neo-Konservativen in den USA und ihrer Verbündeten in Großbritannien in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts haben Regierungen und die Zivilgesellschaft gleichermaßen einen Konsens über einige Schlüsselbereiche der Friedenskonsolidierung erzielt. Dazu gehören die herausragende Bedeutung eines Frühwarnsystems für Konflikte (d.h. Gewalt) und deren Vermeidung, internationale Zusammenarbeit und Einigkeit, die Wirksamkeit von Friedensmissionen, der Sicherheitssektor und Regierungsreformen.
- *Wachsender Einfluss von Verhandlungen zur Beendigung von Kriegen:* Seit den 90er Jahren sind mehr Kriege durch Verhandlungen beigelegt worden als durch den Sieg einer der Konfliktparteien. Zwischen 2000 und 2005 gab es vier Mal so viele Verhandlungslösungen wie Siege.⁷ Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass der längerfristige Erfolg

⁵ Siehe zum Beispiel Rupert Smith: „The Utility of Force: The Art of War in the Modern World“ (Der Nutzen von Gewalt: Die Kunst des Krieges in der modernen Welt), Penguin 2006

⁶ „Preventing Violent Conflict“ (Gewaltsame Konflikte verhindern), Britisches Ministerium für Internationale Entwicklung, März 2007. Siehe: <http://www.dfid.gov.uk/Pubs/files/preventing-conflict.pdf>

⁷ „Human Security Brief 2006“ (Abhandlung zur menschlichen Sicherheit 2006), Human Security Centre, University of British Columbia. Zitiert bei Catherine Barnes: „Bridging the gap – Improving UK support for peace processes“ (Die Kluft überbrücken – die Unterstützung Großbritanniens für Friedensprozesse verbessern), Conciliation Resources, Juni 2007, Seite 11. Siehe: http://www.c-r.org/our-work/practice-policy/CR_Bridging_the_Gap_Working_Paper.pdf

solcher Lösungen noch nicht bekannt ist. Oft stehen sie auf äußerst wackligen Beinen, wie die aktuelle Lage im Sudan zeigt.

All diesen offenkundigen Impulsen liegt etwas zugrunde, was Gareth Evans, Präsident der International Crisis Group (ICG), folgendermaßen beschreibt: „ein enormer Anstieg von Aktivitäten zur Konfliktvermeidung, Konfliktbearbeitung, diplomatischen Friedensstiftung und Konsolidierung des Frieden nach Konflikten in den vergangenen 15 Jahren, wobei die meisten dieser Aktivitäten unter der Federführung der Vereinten Nationen stattfanden (aber bei einer gleichzeitigen bedeutenden Rolle der Weltbank, der Geberländer, einer Reihe von regionalen Sicherheitsorganisationen und buchstäblich tausenden NGOs)“.⁸

Dennoch ist die Botschaft der Friedensbewegung zu leise, zu schwach und zu fragmentiert, als dass sie aus diesen potenziell günstigen Entwicklungen einen wahren Vorteil ziehen könnte. Friedensaktivisten lösen nicht die notwendigen politischen Wellenbewegungen aus, um andere und vielleicht auch sich selbst zu überzeugen. Andererseits üben die globalen Machthaber immer stärker mit undemokratischen Mitteln Kontrolle über die unabdingbaren Bestandteile des Friedens aus. Da sich jetzt ein politisches Zeitfenster für eine große Chance zu öffnen scheint und die Gelegenheit günstig ist – erwischt uns das unvorbereitet und zerstritten? Was können wir tun? Was haben wir zu sagen?

1.2 Notwendige Entscheidungen

Die Autoren dieses offenen Briefes kamen zu völlig unterschiedlichen Zeitpunkten zur Friedensbewegung, aber mit ähnlichen Wertvorstellungen. Friedenskonsolidierung und Konflikttransformation haben unserer Meinung nach das Potenzial von überzeugenden Alternativen zu den teuren, wirkungslosen und oftmals höchst zerstörerischen Methoden „von oben“ für den Umgang mit Konflikten und ihren Ursachen. Wir haben gesehen, wie sich eine solche Friedensarbeit Schritt für Schritt in der Praxis bewährt hat – in Weiterentwicklung ihrer theoretischen Grundlagen in diversen Disziplinen wie der Philosophie, der Politikwissenschaft, der Sozialpsychologie und der internationalen Beziehungen sowie in einer Reihe von Religionen. All dies hat zu wertvollen neuen Erkenntnissen und kreativen Ansätzen sowohl auf der Ebene der politischen Strategie als auch in der Praxis geführt. Einige dieser Errungenschaften sind in Kapitel Zwei zusammengefasst.

Aber wir haben auch gesehen, dass die Gemeinschaft der Friedensstifter von vielen Faktoren stark gehemmt wird. Dazu gehört ein Mangel an Klarheit – oder vielleicht auch an Konsens? – über Werte und Ziele sowie eine häufig inkonsequente und kurzfristige Vorgehensweise bei der Umsetzung von Zielen, eine geradezu exzessive Unterwürfigkeit gegenüber politischen Machthabern, Rivalitäten innerhalb der eigenen Bewegung und ein Mangel an kompetenten Praktikern. Die Organisationen von Friedensstiftern ebenso wie von Entwicklungshelfern scheinen angesichts der aktuellen Herausforderungen zu versagen.

Die Gemeinschaft der Friedensaktivisten wurde bislang weitgehend von Pionieren aus einer kleinen Sektion der globalen Zivilgesellschaft getragen, die sich in verschiedenen Gruppen, Organisationen und Netzwerken zusammengeschlossen haben. Sie alle stehen jetzt vor folgender Wahl:

- Sie können weitermachen wie bisher - unabhängig vom gesamtgesellschaftlichen Kontext - als isolierte Einheiten, die dennoch gelegentlich effektiv sind, aber meistens auf Geheiß von Regierungen arbeiten und ohne Einfluss auf die diversen wirtschaftlichen Interessen.

⁸ Gareth Evans: „Conflict Prevention: Ten Lessons We Have Learned“ (Konfliktvermeidung: Zehn Lektionen, die wir gelernt haben), Toronto, Februar 2007. Siehe: <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4653&l=1>

-
- Oder sie können die gegenwärtige Gelegenheit beim Schopf packen, die Grundvoraussetzungen und Werte ihrer Arbeit überdenken und aktiv und ehrgeizig nach neuen Wegen suchen, um als Quelle von legitimen und bewährten Alternativen für die weltweite Konfliktbearbeitung ernst genommen zu werden.

Wir plädieren in diesem Papier dafür, dass die Gemeinschaft der Friedensstifter – also diejenigen, die sich selbst als Aktivisten für Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung betrachten – damit anfängt, ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen. Alle müssen sich tiefer mit dem umfassenden Konzept „peace writ large“ (Frieden großgeschrieben) auseinandersetzen – einem Begriff, der von der Organisation Collaborative for Development Action (CDA) eingeführt, aber noch nicht ausreichend erörtert wurde.⁹ Was für eine Art Frieden wollen Friedensaktivisten wirklich schaffen? Zielt ihre Arbeit auf „Transformation“ ab – mit dem Endziel einer Überwindung des unhaltbaren, ungerechten Status quo und der Herbeiführung eines grundlegenden Wandels zu größerer Gerechtigkeit und mehr Wohlergehen? Oder ist es nur eine „technische“ Friedensarbeit, die sich auf räumlich und zeitlich begrenzte Projekte konzentriert und darauf vertraut, dass sich der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang schon von selbst weiterentwickeln wird (was er auch bestimmt tun wird, in welcher Form auch immer)?

Um diese und ähnliche Fragen richtig aufzugreifen, muss noch viel mehr gesagt und getan werden. Letztlich muss die Friedensarbeit in drei entscheidende Felder des weltweiten Machtgefüges eindringen:

- die erweiterte Zivilgesellschaft auf lokaler ebenso wie auf internationaler Ebene, die sich mit verflochtenen Faktoren wie Grundrechten, Demokratieförderung, wirtschaftlicher Gerechtigkeit, humanitärer Hilfe und Umweltfragen befasst
- Regierungen und zwischenstaatliche Institutionen wie die Vereinten Nationen
- Handel und Unternehmen sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene.

In den Kapiteln Drei und Vier dieses Papiers sollen Fragen gestellt und einige Optionen dargelegt werden, was getan werden sollte angesichts eines Fortschreitens komplexer, multipolarer Krisen.

Das folgende Kapitel Zwei gibt einen kurzen, wenn auch zwangsläufig subjektiv geprägten Überblick über die wichtigsten Errungenschaften der Friedensarbeit. Es erhebt nicht den Anspruch, allen Leistungen gerecht zu werden, die in der relativ kurzen Zeitspanne seit dem Ende der 80er Jahre erzielt wurden. Genannt werden aber einige Schlüsselemente, auf denen wir jetzt zielstrebig aufbauen müssen, mit Weisheit und Mut.

Kapitel Zwei: Was hat die Friedensbewegung bisher erreicht?

2.1 Wer sind die „Friedensstifter“ und wofür stehen sie?

Dieser offene Brief geht von einer grundlegenden Annahme aus: dass es auf der Welt eine beachtliche Gruppe von Menschen gibt, die sich selbst als Aktivisten für den Frieden betrachten. Viele von ihnen sind außerhalb von Regierungsapparaten engagiert: in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Universitäten oder in den Medien. Seltener, aber immer öfter sind sie jedoch in politische Strukturen eingebunden – in „moderne“ oder in „traditionelle“ – oder in Lobby- und Kampagnen-Arbeit sowohl weltweit als auch vor Ort. Für viele basiert diese Arbeit direkt

⁹ „Reflecting on Peace Practice“ (Überlegungen zur Praxis des Friedens), CDA Collaborative Learning Projects, 2004. Siehe: http://www.cdainc.com/cdawww/pdf/manual/reflectingonpeacepracticehandbook_Pdf.pdf

oder indirekt auf einer Perspektive des Glaubens. Andere weisen solche konventionellen Kategorisierungen von sich.

Die Friedensgemeinschaft hat bislang keinen definitiven Namen und keine gemeinsame Plattform – abgesehen von einer allgemeinen Verpflichtung für den Frieden, wie immer man diesen definieren mag, und von ein paar allgemeinen Richtlinien für Theorie und Praxis.

Innerhalb dieser Bewegung wird viel geredet über Prozesse und Wirkungsanalysen, über den Aufbau friedensfördernder Kapazitäten oder Kampagnen für den Frieden, über praktische Arbeit und politische Leitlinien (schon viel Jargon). Es wird aber nur wenig darüber diskutiert, wie der Begriff Frieden zu verstehen ist, welche Visionen, Werte und gesamtgesellschaftliche Ziele sich damit verbinden und welche Bedeutung Politik und Machtkonstellationen haben. Dies aber sind Schlüsselfaktoren, um die Friedensarbeit klar zu definieren. Zu einem Großteil verkauft sich die Bewegung als Anbieter von technischen Dienstleistungen – Dialogaufbau, Reduzierung kleiner Waffen, Reform des Sicherheitssektors – und sie benutzt eine verwirrende Menge von Begriffen, um ihre Arbeit zu beschreiben. Dies hilft jedoch weder der Gemeinschaft der Friedensaktivisten selbst noch der weiteren Welt – es sei denn, es bestünde Einvernehmen über all diese begrifflichen Differenzierungen. Geht es um Konfliktlösung oder um Konflikttransformation, um Verhinderung von Konflikten oder Verhinderung von Gewalt? Einige finden hier schnell zu Definitionen, andere können damit nichts anfangen, wiederum andere sind schlicht verblüfft.

Viele Pragmatiker würden sich vermutlich dagegen wehren, dass ihre Arbeit als politisch eingestuft wird – vor allem jene vermutlich, die als externe dritte Partei an Konflikten arbeiten. Dennoch handelt es sich hier eindeutig um ein politisches Feld. Einer der viel propagierten Lehrsätze lautet in diesem Zusammenhang, dass die Mittel und der Zweck nicht voneinander zu trennen seien. In der Praxis wird dies jedoch häufig übersehen.

Es gibt Belege dafür, dass die Friedensbewegung einige durchaus beachtliche Leistungen vollbracht hat – trotz ihrer häufigen Zwiespältigkeit und Konfusion. Letzteres mag sich sogar als Vorteil erwiesen haben, weil es dadurch möglich wurde, viele unterschiedliche Ideen und Gruppierungen einzubeziehen. Wird diese interne Unstimmigkeit aber auch künftig noch nützlich sein, wenn es darum geht, dass Friedensaktivisten und diejenigen, mit denen oder für die sie arbeiten, einen echten gesellschaftlichen Wandel herbeiführen sollten?

Im weiteren Verlauf dieses Kapitels beschreiben wir die Errungenschaften, die die Friedensbewegung unserer Ansicht nach seit dem Ende des Kalten Krieges erzielt hat – einem Zeitpunkt, der ihr Anwachsen sehr begünstigt hat.

2.2 Friedensarbeit der Zivilgesellschaft: Bisherige Errungenschaften

2.2.1 Spezifische Grundlagen von Konzept und Methodologie

Methodologie

Es wurden spezifische und innovative Methoden für Analyse und Intervention erarbeitet - oftmals inspiriert von Entwicklungen in diversen Disziplinen, von der Sozialpsychologie über die Erwachsenenbildung bis hin zu Management-Studien. Besonders beachtenswert sind hier beschreibende und leicht anzuwendende Methoden der Konfliktanalyse, viele Arten und Formen des Dialogs von der Graswurzel- bis zur höchsten politischen Ebene, ständige Weiterentwicklungen auf dem Gebiet der Mediation einschließlich einer bedeutenden Bewegung der Altersgruppen-Mediation in Schulen, ausgeklügelte Frühwarnsysteme und – wenn auch vielleicht weniger erfolgreich – frühzeitige Reaktion.

Auf globaler Ebene haben unter anderem Organisationen wie das Mennonite Central Committee in den USA oder die Gruppe Responding to Conflict (RTC) in Großbritannien praxisorientierte Methoden für interkulturelles Training entwickelt. Viele Menschen, darunter auch Beamte und Mitarbeiter von zwischenstaatlichen Organisationen, haben an solchen Programmen teilgenommen, die in der Regel bis zu drei Monate dauern.

Bildung und Weiterbildung

Es hat eine gewaltige Ausweitung der Friedens- und Konfliktforschung und ähnlicher Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen auf der ganzen Welt gegeben – einschließlich derjenigen, die sich mit militärischer Forschung und Ausbildung befassen. Dadurch gibt es jetzt eine Vielfalt von Möglichkeiten für Studenten, sich bis hin zur Doktorprüfung mit Friedensforschung zu befassen. Seit 1973 die erste Fakultät für Friedenswissenschaften an der britischen Universität Bradford gegründet wurde, haben sich viele Hochschulabsolventen auch um Arbeitsplätze im Friedensbereich bemüht. Zugleich sind die theoretischen Grundlagen enorm vertieft worden, wobei die Initiative allerdings immer noch überwiegend von Universitäten der westlichen Welt ausgeht. Vor allem an amerikanischen Hochschulen ist hier viel geleistet worden und ebenso in wissenschaftlichen Instituten, INGOs und Stiftungen wie der Carnegie Endowment for International Peace oder dem US Institute of Peace. Viele renommierte Universitäten haben ihre Reputation mit der Einrichtung von Studiengängen zur Friedensforschung weiter gesteigert. Die ursprünglich überwiegend theoretischen Kurse sind erweitert worden um Studiengänge mit einem klaren Praxisbezug. Dazu gehört das Programm des European University Center for Peace Studies and Applied Conflict Transformation Studies – ein Kurs in angewandter Konflikttransformation, der auch eine wissenschaftliche Handlungsanalyse umfasst.

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen haben ihre eigenen Trainingsprogramme entwickelt, die meist nur ein paar Tage dauern und die Grundlagen der Konfliktanalyse und verschiedener Arten der Intervention vermitteln sollen. Diese Kurse sind in der Regel stark an praktischen Erfahrungen und der aktiven Partizipation der Teilnehmer ausgerichtet. Damit unterscheiden sie sich wesentlich von den Methodologie-Diskursen, die an den Hochschulen gewöhnlich im Mittelpunkt stehen.

Theorie und Diskurs

Auf diese Weise hat sich eine zunehmend klare, wenn auch immer noch umstrittene Theorie der verschiedenen Aspekte von Friedenskonsolidierung und Konflikttransformation entwickelt, was den theoretischen Ideen mehr Gehalt gegeben hat. Hier fallen uns die Namen kreativer Vordenker ein wie Johan Galtung, Elise Boulding, Adam Curle, Mary Kaldor, Chris Mitchell, John Burton, John Paul Lederach, Diana Francis und Mary Anderson. Darüber hinaus mag es noch viele weitere Quellen der Inspiration geben.

Die Umsetzung der Theorie in Modellen wie dem „Do-no-harm“-Ansatz hat der Friedensarbeit zu mehr Öffentlichkeit verholfen und ihr bei Regierungen ebenso wie bei humanitären und entwicklungspolitischen Organisationen Glaubwürdigkeit verschafft. Die Organisation Collaborative for Development Action (CDA) hat die Erfahrungen der Zivilgesellschaft in der weltweiten Friedensarbeit ausgewertet, etwa mit ihrem Projekt „Reflecting on Peace Practice“ (Überlegungen zur praktischen Friedensarbeit). Rückwirkend hat sie damit auch einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Theorie der Friedensarbeit geleistet. Ebenso gelang es dem Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, eine anerkannte Theorie aus der praktischen Friedensarbeit abzuleiten. Grundlage ist hier das „Berghof Handbook for Conflict Transformation“ (Berghof Handbuch zur Konflikttransformation). Die Zeitschrift „Accord: an international review of peace initiatives“ (Übereinkunft: eine internationale Überprüfung von

Friedensinitiativen), herausgegeben von der Organisation Conciliation Resources, hat ebenfalls eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen in der weltweiten Friedensarbeit geleistet.

Analysen, Kommentare und Lobby-Arbeit

Zahlreiche Institute erstellen jetzt zuverlässige und kritische Analysen internationaler Entwicklungen aus der Perspektive der Konflikttransformation. Sie informieren Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen gleichermaßen, fordern sie zum Umdenken heraus und zeigen idealer Weise auch tragfähige Alternativen im Umgang mit aktuellen Konflikten auf. Zu diesen so genannten Denkfabriken („think-tanks“) gehören Institutionen wie die International Crisis Group (ICG), Oxford Research Group und Transnational Foundation for Peace and Future Research. Sie alle haben sich international gut positioniert und werden von Regierungen ebenso wie von zwischenstaatlichen Organisationen angehört.

Parallel dazu hat es systematische Entwicklungen auf dem Gebiet des Friedensjournalismus gegeben. Dies impliziert die Anwendung von Erkenntnissen der Friedens- und Konfliktforschung im Alltag der Berichterstattung und der Auswahl von Nachrichten.¹⁰ Den Journalisten, die in Kriegs- und Krisengebieten arbeiten, wird zunehmend eine Ausbildung in kritischer Analyse der Kriegsberichterstattung angeboten. Darin werden ihnen auch praktische Anleitungen für konfliktssensitive Berichte gegeben und Handlungsoptionen aufgezeigt.

2.2.2 Einfluss nehmen – von der Graswurzel- bis zur Regierungsebene

Die Zivilgesellschaft als Quelle der Innovation und sozialen Mediation

Die Zivilgesellschaft umfasst ein breites Spektrum von Organisationen und Gruppen, die sich von Regierungen und Wirtschaftsunternehmen unterscheiden und den Zweck verfolgen, die Interessen ihrer Mitglieder sowie ihre Belange und Ideen zu fördern. Dazu gehören lokale, nationale und internationale NGOs, Gewerkschaften, akademische Verbände, religiöse Gruppen und nicht-kommerzielle Medien. Sie alle können einen bedeutenden Beitrag

¹⁰ Siehe zum Beispiel: www.peacejournalism.org

Fallstudie 1: Conflicts Forum – dort hingehen, wo Regierungen nicht hingehen würden

Conflicts Forum (Forum für Konflikte) ist eine internationale gemeinnützige Organisation, die sich die Erfahrung und die Beziehungen ihrer beiden Ko-Direktoren – frühere Diplomaten aus den USA und Großbritannien – zunutze macht, um einen Dialog zwischen dem politischen Islam und dem Westen zu ermöglichen.

Conflicts Forum betrachtet islamistische Gruppen wie Hamas oder Hisbollah als selbst ernannte Akteure der politischen Transformation in ihrer Region, die deshalb eingebunden und angehört werden müssen. Die Organisation wendet sich damit gegen „das fehlgeleitete Konzept und die falschen Darstellungsweisen des Westens bezüglich der bedeutenden Akteure für einen Wandel in der betroffenen Region“. Conflicts Forum konzentriert sich also auf eine Methodologie des direkten Dialogs und der Aufklärungsarbeit: Im Zeitraum 2005-06 hat die Organisation zum Beispiel eine Reihe informeller Begegnungen zwischen Politikern aus den USA und Großbritannien sowie aus Palästina, dem Libanon, Ägypten und Pakistan zustande gebracht - und ebenso eine Reihe von wirtschaftspolitischen Diskussionsforen zwischen Ökonomie-Experten und Geschäftsleuten aus dem Nahen und Mittleren Osten und der westlichen Welt.

Die Aufklärungsarbeit umfasst Interviews und Präsentationen bei Instituten („think-tanks“) und politischen Verbänden sowie direkte Begegnungen mit Entscheidungsträgern in den USA, Großbritannien und dem restlichen Europa. Die Organisation unterhält ein Online-Archiv von Artikeln seiner ordentlichen und außerordentlichen Mitarbeiter und Berater. In Partnerschaft mit einer Reihe ähnlicher Institute arbeitet Conflicts Forum zurzeit an einem Projekt zur Entwicklung von „integrativeren und legitimeren Ansätzen zur Transformation des Nahost-Konflikts“.

Conflicts Forum kombiniert ein hohes Maß an professioneller Expertise mit dem Mut, die konventionellen Barrieren von Regierungen zu durchbrechen. „Mit Terroristen reden“ - also mit dem so genannten Feind zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt - gilt als ein entscheidender Aspekt der Friedensarbeit. Hinzu kommt die damit verbundene Informations- und Lobby-Arbeit.

www.conflictsforum.org

leisten zur Transformation von Konflikten und zur Friedenskonsolidierung, indem sie individuelle Entwicklung fördern, positiven Werten Geltung verschaffen und jene politischen Praktiken, Systeme und Strukturen attackieren, die Minderheiten ausschließen und damit Konflikte schüren. Sie können manchmal auch Kontakte zu Gruppen etablieren, die von Regierungen geächtet werden und dennoch eine Schlüsselrolle im Friedensprozess einnehmen, wie die Fallstudie Nummer eins belegt.

Die Zivilgesellschaft ist nicht immer eine Kraft des Friedens, zumal sie in den Ansichten und Positionen ihrer Mitglieder zwangsläufig sehr variabel ist. Doch die Debatten und Initiativen, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen angestoßen und gepflegt werden, sowie die Schutzräume, die diese Organisationen für Verschiedenheit und kreatives Denken bieten, dienen oft als Impulse für den Frieden. Wie Catherine Barnes es ausdrückt: „Letztlich kann ein weit verbreitetes, integratives und lebendiges Engagement innerhalb der Zivilgesellschaft als Brutkasten dienen für die Institutionen und Gepflogenheiten, die für die friedliche Lösung von Konflikten notwendig sind, sowie für die Entwicklung von angemesseneren und effektiveren Verwaltungsstrukturen für einen nachhaltigen Frieden“.¹¹

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind seit den frühen 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wie Pilze aus dem Boden geschossen, sowohl in der nördlichen als auch in der südlichen Hemisphäre. Auslöser war die wachsende Erkenntnis, dass das Ende der bipolaren Welt kein Zeitalter der Gewaltlosigkeit eingeläutet hat und dass die „Friedensdividende“ ausgeblieben ist. Mit diesem Begriff wurde die damalige Hoffnung umschrieben, es würden nun mehr Finanzmittel für soziale Programme zur Verfügung stehen, da es keine Notwendigkeit für wachsende Militärausgaben mehr gebe (dass dies nicht eintrat, kann natürlich auch damit zu tun haben, dass sich die globale Rüstungsindustrie beharrlich neue Märkte und eine neue Rolle gesucht hat).

Weltweit gibt es jetzt mehr als 1.000 Organisationen, die sich speziell dem Gebiet Frieden und Konflikt widmen.¹² Hinzu kommen zahlreiche Agenturen der Entwicklungshilfe, die Friedenskonsolidierung als einen Schlüsselbereich ihrer Arbeit betrachten. Darüber hinaus gibt es noch viele Institutionen, die sich auf globaler oder lokaler Ebene zumindest indirekt mit Aspekten befassen, die von Friedenswissenschaftlern als „positiver Friede“ beschrieben werden¹³ - Menschenrechte (einschließlich der Rechte von Frauen), demokratische Regierungsführung, Abrüstung, Entwicklung und Abbau von Armut, Bildung und Umweltschutz.

Friedensarbeit vor Ort

In vielen Teilen der Welt haben Aktivisten wahre Menschlichkeit bewiesen, indem sie sich an Ort und Stelle für eine Reduzierung von Gewalt und neue Methoden der Konfliktbearbeitung eingesetzt haben. Sie haben sich in kleinen Gruppen zusammengeschlossen und innerhalb der „traditionellen“ Strukturen vor Ort gearbeitet, etwa in Kooperation mit Ältesten und Stammesfürsten. Häufig haben sie diese Strukturen verändert oder ihre eigenen Organisationen geschaffen. Dies hat zur Gründung und Ausbreitung von unzähligen Selbsthilfegruppen und Graswurzel-Initiativen geführt, die sich der Gewaltvermeidung und Friedensstiftung verschrieben haben. Die Palette ihrer Aktivitäten ist beachtenswert. Sie umfasst unter anderem Versöhnung, Mediation, gewaltfreie Aktionen und die Förderung von Gewaltlosigkeit, die Errichtung von Friedenszonen und Kampagnen für den Frieden. Oft wurde dieses Engagement in Aktivitäten für

¹¹ Catherine Barnes: „Government and Civil Society Organisations; Issues in Working Together Towards Peace“ (Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft; Themen zur Zusammenarbeit für den Frieden). Siehe: www.gppac.net/documents/GPPAC/Research/Rapport2_2.pdf

¹² Im Register des European Centre for Conflict Prevention (ECCP) vom 9. März 2008 sind 1.028 solcher Organisationen aufgeführt. Siehe: <http://www.gppac.org/page.php?id=1481>

¹³ Ein Konzept, das Johan Galtung in den 60er Jahren eingeführt hat, um die Abwesenheit von struktureller und personenbezogener Gewalt zu umschreiben..

Entwicklung und Umweltschutz integriert. All dies führt unweigerlich zu dem Schluss: Was diese Gruppen leisten, können wir alle leisten.

Diese Gruppen und Organisationen haben häufig die einzigartige Fähigkeit bewiesen, den kritischen Bereich von Identität neu zu bestimmen. Sie haben Wege gefunden, wie man Menschen über geografische und Konfliktbarrieren hinweg in einen alltäglichen Kontakt miteinander bringen kann. Sie haben damit der Versuchung widerstanden, die trügerische Sicherheit einer exklusiven Gruppe zu suchen, definiert durch Religion, Kaste, Ethnie oder Nation. Viele dieser lokalen Organisationen spielen eine „Frontrolle“ in explosiven und höchst gefährlichen Situationen der Konfrontation, auch wenn dies (notwendigerweise) kaum gewürdigt wird. Sie schaffen den Raum, der für einen politischen Dialog unabdingbar ist, wie die Fallstudie Nummer zwei erläutert.

Gewaltfreie Massenbewegungen für Regimewechsel

Unter bestimmten Bedingungen können Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern in Koalitionen einmünden, die Regierungen herausfordern und stürzen können. Während der 90er Jahre und auch in diesem Jahrhundert gab es eine wachsende Anzahl solcher Massenbewegungen, und sie haben in verschiedenem Ausmaß mit minimaler Gewalt oder gewaltfrei einen Regimewechsel herbeigeführt. Die Philippinen, Nepal, Serbien und Georgien sind nur einige

Fallstudie 2: Concerned Citizens for Peace, Kenia 2008

Als das umstrittene Ergebnis der Präsidentenwahl in Kenia zu Beginn des Jahres 2008 eine Welle der Gewalt auslöste, kamen fünf vor Ort respektierte Persönlichkeiten fast umgehend zusammen, um das plötzlich entstandene politische Vakuum auszufüllen. Dabei handelte es sich um einen Botschafter, zwei frühere Generäle und zwei Aktivisten der Zivilgesellschaft. Sie alle hatten profunde und mannigfaltige Erfahrung in der Friedensarbeit.

Diese fünf Personen bildeten den Kern einer neuen Gruppe mit dem Namen Concerned Citizens for Peace (Besorgte Bürger für den Frieden – CCP). Ihre erste öffentliche Aktion war die Einrichtung eines offenen Forums, wo Erfahrungen ausgetauscht und Handlungsinitiativen entwickelt werden konnten. Das Forum wurde regelmäßig abgehalten, mehrmals die Woche. Es brachte mehr als 100 Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen, INGOs, Politiker und Staatsbeamte mit dem Ziel zusammen, eine koordinierte Reaktion auf die gegenwärtige Lage zu erreichen.

Die Existenz des Forums wurde über die Medien publik gemacht sowie über Mobilfunknetze. Man kam zu dem Ergebnis, dass fünf soziale Sektoren für eine unmittelbare Intervention gewonnen werden müssten: Frauen, Jugendliche, interreligiöse Gruppen, Medien und Privatwirtschaft. Spezielle Gesandte aus diesen fünf Bereichen schlossen sich der Kerngruppe an und bildeten einen Technischen Ausschuss. Dessen Aufgabe war es, Aktivitäten vor Ort zu überprüfen, Reaktionen zu erarbeiten und sicherzustellen, dass die Kommunikation innerhalb der genannten Sektoren sowie zwischen ihnen schnell und effektiv funktioniert.

Die Kerngruppe war anfangs jeden Tag im selben Hotel präsent, in dem auch die Verhandlungen hochrangiger Politiker stattfanden. Sie brachte sich aktiv in internationale Initiativen ein, sowohl formell als auch informell. Das Mediations-Team wurde von der Kerngruppe ständig darüber informiert, wie sich die Lage weiter entwickelte, welche Gerüchte im Umlauf waren und welche Sorgen die Menschen vor Ort bewegten. Oft wurde direkt interveniert, um potenziell schädlichen Aktivitäten vorzubeugen und zu verhindern, dass die Spirale der Gewalt völlig außer Kontrolle gerät.

Als sich die politische Lage zu stabilisieren begann, gründete die Kerngruppe ähnliche Gruppen unter Einbeziehung lokaler Aktivisten in jeder Region Kenias, in der noch großer Unmut herrschte. Die Rolle dieser Gruppen bestand nicht nur darin, potenzieller Gewalt den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie sollten auch die tieferen Ursachen von Konflikten aufdecken und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Ihr Ziel war es, landesweit eine effektive Struktur für Friedensarbeit zu schaffen, solange dies nötig sein würde. Gleichzeitig waren und sind sie immer noch aktiv damit befasst, diesen Prozess in seiner gesamten Entwicklung zu überprüfen und ständig daraus zu lernen.

Siehe: www.peaceinkenya.net für die Publikation „Amani Sasa“ und weitere Informationen über CCP

Beispiele unter vielen.¹⁴ Oft wurden diese Bewegungen von örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt und gestärkt. Entstanden sind sie jedoch aus einem weit verbreiteten Unmut im Volke und dank der Mobilisierung durch verschiedenste Gruppen – häufig mit der Unterstützung von externen Parteien (auch wenn hier festgestellt werden muss, dass diese „Hilfe von außen“ oft ihre eigenen Ziele verfolgte, zum Beispiel westliche Regierungen, die westlich orientierte Akteure unterstützten, selbst wenn dies nicht immer im besten Interesse der örtlichen Bevölkerung war). Die Bedingungen für eine erfolgreiche Massenbewegung waren in der Regel von der Machtbesessenheit und Rücksichtslosigkeit der Machthaber geprägt – so ist es auch in Birma gelungen, die Bevölkerung zu mobilisieren, doch wird diese Bewegung dort nach wie vor brutal unterdrückt. Fraglich ist auch, welche Langzeitwirkungen solche erdbebenartigen Veränderungen auf die Machtstrukturen des betroffenen Landes haben.

Internationale zivilgesellschaftliche Programme

Mit ihrer Ausweitung haben zivilgesellschaftliche Organisationen für den Frieden diverse internationale Programme initiiert. Nur wenige haben bereits eine beachtliche Größe erreicht. Die Friedensbewegung besteht nach wie vor aus mittelgroßen und kleinen Organisationen, die sich meist nur bestimmten Themen oder Zielgruppen zuwenden wie Waffenhandel, Kindersoldaten, Friedenserziehung oder Trauma-Bearbeitung. Es gibt jedoch auch Organisationen mit umfassenden, vielschichtigen Programmen, die auf mehrere Jahre angelegt sind und in Krisengebieten wie den Großen Seen Afrikas, im Nahen und Mittleren Osten, im Kaukasus, in Südasien und in Lateinamerika zum Einsatz kommen. Zum Beispiel arbeitet Conciliation Resources seit einigen Jahren im Kaukasus mit einem komplexen Dialogprogramm, das sowohl politische als auch zivile Akteure einbindet. Die Gruppe hat für ihr Engagement und ihre Professionalität weit verbreitete Anerkennung gefunden. Peace Direct aus Großbritannien leistet Pionierarbeit bei der Entwicklung von Methoden, um in der Öffentlichkeit ein breites Verständnis für Friedensarbeit und ein Bewusstsein ihrer Notwendigkeit zu schaffen. Die Organisation ist ferner auf direkte Unterstützung von Gruppen und Einzelpersonen spezialisiert, die in einem von Gewalt geprägten Umfeld arbeiten. Wenn solche INGO-Programme von Regierungen finanziert werden, verfügen sie gewöhnlich über bessere Ressourcen, was aber den Nachteil hat, dass sie die politischen Ziele ihrer Zahlmeister umsetzen und immer wieder mit deren Einspruch rechnen müssen. Dies schafft auch ein großes Dilemma für die Lobby-Arbeit, die zivilgesellschaftliche Organisationen als äußerst wichtig betrachten. Zu welchem Ausmaß sind sie wohl bereit, ihre Geldgeber zu kritisieren?

Mit Blick auf die erweiterte Dimension eines „positiven“ oder „größeren“ Friedens fallen vor allem entwicklungspolitische Organisationen auf, die sich das Thema Frieden und Konflikt zumindest teilweise zueigen machen. Dies ist in unterschiedlichem Ausmaß geschehen - von einem interventionistischen Ansatz zur Gewaltvermeidung und Friedenskonsolidierung bis hin zu einem minimalistischen konfliktsensitiven Ansatz. Viele Gruppen mit den Schwerpunkten Menschenrechte, Geschlechterrollen, Umweltfragen und Gemeinwesen sind vom Standpunkt einer Friedenskonsolidierung aus betrachtet zweifellos wichtige Akteure. Sie verfolgen zumeist dieselben langfristigen Ziele wie die Friedensbewegung, verwenden aber oft ein anderes Vokabular, um diese Ziele und ihre Arbeit zu definieren. Deshalb gibt es bislang nur wenige Anzeichen dafür, dass sich eine übergreifende gemeinsame Plattform herauskristallisiert.

Bewusstseinsbildung auf Regierungsebene und Einflussnahme

Der Multilateralismus, der für internationale Friedensmissionen unabdingbar ist, hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder Rückschläge erlitten angesichts politischer Machtspiele auf nationaler Ebene und der Dominanz von globalen Wirtschaftsunternehmen.

¹⁴ „Selected Cases of Civil Resistance Since 1945“ (Ausgewählte Fälle des zivilen Widerstands seit 1945), a.a.O.

Dies ist seit 2001, als der so genannte „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen wurde, noch deutlicher geworden. Individuelle Regierungen haben sich in diesem Zusammenhang um eigene Lösungswege bemüht. In Kenia zum Beispiel hat die National Peacebuilding Commission die diversen Parteien zusammengebracht, die mit Frieden und Sicherheit befasst sind, darunter auch zivilgesellschaftliche Organisationen. In Großbritannien hat das DFID (Entwicklungshilfeministerium) 2006-07 einen Konsultationsprozess zur Entwicklung einer politischen Strategie für die Konfliktbearbeitung eingeleitet. Darin sind viele Punkte aus der Debatte der Friedensbewegung enthalten. Ein anderes Beispiel ist die vor kurzem geschaffene Bolivarische Alternative für Amerika, eine Organisation für Handel und Zusammenarbeit in Lateinamerika.

Die Gründung der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung 2005 könnte ein Meilenstein dafür sein, dass die Expertise der globalen Zivilgesellschaft in die Denkweise von globalen zwischenstaatlichen Organisationen einfließen kann. Die Kommission baut auf früherer Pionierarbeit der Vereinten Nationen auf – etwa die gemeinsame Initiative des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Verhinderung von bewaffneter Gewalt, die „Agenda für den Frieden“ aus dem Jahre 1994, viele Friedensmissionen und letztlich auch die UN-Charta selbst sowie die diversen Instrumente des Völkerrechts. Die Ansätze skandinavischer Länder, Ideen der Friedenskonsolidierung in nationale Programme zur Verteidigung und Sicherheit aufzunehmen, ist ebenfalls Pionierarbeit, obwohl nach dem Wissen des Autors die Innen- und Justizministerien noch nicht in diesen Prozess eingebunden wurden.¹⁵

Globale Vernetzung

Es gibt inzwischen auch eine Reihe internationaler Netzwerke zur Zusammenführung von Einzelpersonen und Organisationen auf regionaler und globaler Ebene. Eines davon, mit einer eher allgemeinen Ausrichtung, ist Action for Conflict Transformation, in dem regionale Netzwerke aus Asien, Afrika (Coalition for Peace in Africa) und Lateinamerika zusammengeschlossen sind. Andere Netzwerke sind aus der Arbeit von Organisationen wie Transcend und dem Mennonite Central Committee entstanden.

Die Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (Globale Partnerschaft für die Verhinderung bewaffneter Konflikte - GPPAC) ist ein weltweites Netzwerk unter Federführung der Zivilgesellschaft mit 15 regionalen Sektionen. Ziel ist es, „einen neuen internationalen Konsens zur Friedenskonsolidierung und zur Verhinderung gewaltsamer Konflikte aufzubauen“ und „Netzwerke der Zivilgesellschaft für Frieden und Sicherheit zu stärken, indem lokale, nationale, regionale und globale Aktionen miteinander verbunden werden und eine effektive Verbindung zu Regierungen, dem UN-System und regionalen Organisationen hergestellt wird“.¹⁶

¹⁵ Die Schwedische Zentralbehörde für Internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA) betont in ihrem Strategiepapier „Promoting Peace and Security through Development Cooperation“ (Frieden und Sicherheit fördern durch Entwicklungszusammenarbeit): „Da es heute ein breiteres Sicherheitskonzept gibt, wird der Entwicklungszusammenarbeit eine immer bedeutendere Rolle auf dem Gebiet von Frieden und Sicherheit zugeschrieben, in enger Verbindung mit militärischen Sicherheitsstrategien, Diplomatie und Handel.“ Siehe: http://www.sida.se/sida/jsp/sida.jsp?d=118&a=3585&language=en_US
Der Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, Raymond Johansen, erklärt: „Unsere Verwicklung in (Friedens-)Prozesse, unser Engagement bei den Vereinten Nationen und unsere Entwicklungshilfe verschmelzen allmählich mit der Sicherheitspolitik – einer Sicherheitspolitik für das 21. Jahrhundert – einer Sicherheitspolitik für das Zeitalter der Globalisierung.“ Aus einer Rede auf der zweiten Jahreskonferenz für Frieden in Somalia, Oslo, 22. Mai 2006. Siehe: http://www.norwayun.org/News/News+Archive/20060523_johansen_somalia.htm

¹⁶ Siehe: www.gppac.org

Einige Netzwerke haben eher den Charakter von Bewegungen und haben sich in dieser Form als äußerst effektiv erwiesen. Als Beispiele seien die International Campaign to Ban Landmines (Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen - ICBL) genannt sowie die Kampagne Combating Conflict Diamonds, die zu verhindern versucht, dass die Erlöse aus Diamantengeschäften zur Finanzierung von Kriegen benutzt werden.

Auch religiöse Netzwerke haben sich ausgeweitet. Bestrebungen der ökumenischen Bewegung, die Ziele Gerechtigkeit, Frieden und nachhaltige Umweltentwicklung miteinander zu verknüpfen, gehen auf die 70er Jahre zurück. In den 80er und 90er Jahren hat der Weltkirchenrat diese Ideen weiter entwickelt in seinem Konzept „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ (Justice, peace and the integrity of creation - JPIC). Das Jahrzehnt von 2001 bis 2010 wurde zur „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“ erklärt.¹⁷ Ein Netzwerk von katholischen Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden bildet ein Flechtwerk internationaler Beziehungen und übt häufig einen bedeutenden Einfluss auf lokaler Ebene aus.

Kapitel Drei: Was hält uns zurück?

Wenn man bedenkt, was erreicht worden ist und welches Potenzial in der Friedensbewegung steckt, dann mag so mancher große Hoffnung bekunden: Bei so vielen Erfolgen müsste es doch möglich sein, den „Spieß umzudrehen“, um es so auszudrücken, und der Zivilgesellschaft, den Politikern und der Geschäftswelt eindeutige und praktikable Alternativen zu den total nutzlosen Modellen anzubieten, die zurzeit Anwendung finden. Wenn wir nur mehr Ressourcen und mehr Zeit hätten, so argumentieren die Hoffnungsvollen, könnten diese Alternativen angenommen werden, und dann gäbe es größeren Zugang zur Politik und eine konsequentere und nachhaltigere Umsetzung von Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung. Und dann würden wir vielleicht auch eine echte Wirkung erzielen, die über spezifische Programme und Projekte hinausgeht...

Es gibt aber auch andere Stimmen, die kritisch nachfragen: Was wäre, wenn der gesamte Prozess sowie die Visionen, Annahmen und Wertvorstellungen schwerwiegenden Irrtümern unterlägen? Was wäre, wenn es Widersprüche im ureigensten Konzept der Friedensarbeit gäbe? Solche Stimmen sind in der Friedensszene und in vergleichbaren Bewegungen für einen Wandel immer wieder laut geworden, doch wurden sie angefeindet und häufig unterdrückt. Nun sind sie noch lauter geworden und fordern eine Antwort.

Dieses Kapitel will die Beweggründe dieser kritischen Ansichten offenlegen. Dabei werden einige der größten Hindernisse für einen umfassenden Wandel dargestellt. Das nachfolgende Kapitel Vier weist dann einige mögliche und praktikable Wege nach vorn, falls die notwendige Energie mobilisiert werden kann.

3.1 Interne Differenzen schwächen die Bewegung

Das Potenzial der Friedensbewegung scheint von einer ganzen Reihe bedeutender Faktoren eingeschränkt zu werden: Meinungsverschiedenheiten über Werte, ein mangelndes gründliches Verständnis des allumfassenden Konzepts „peace writ large“ (Frieden großgeschrieben), unterwürfiges Verhalten gegenüber Mächtigen, gestörte Beziehungen zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft einschließlich Argwohn, Misstrauen und Konkurrenzkämpfe über Ressourcen sowie ein Mangel an fundierter praktischer Erfahrung. All dies hat mit zwei wesentlichen Aspekten der Friedenskonsolidierung zu tun – Vision und politische Realität.

¹⁷ Siehe: www.oikoumene.org

3.1.1 Visionen und Werte

Das gegenwärtige Feld der Friedensarbeit hat seine Wurzeln in der Vergangenheit, die je nach dem Blickwinkel des Betrachters sehr weit zurückliegen kann. Wir müssen ganz besonders denen Anerkennung zollen, die nach dem Ersten Weltkrieg die Saat eines öffentlichen Engagements für Frieden ausgesät haben. Früchte waren die Gründung des Völkerbunds und die Mobilisierung einer Graswurzelbewegung für den Frieden. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben viele Theoretiker und Aktivisten auf diesem Fundament aufgebaut in einer ganzen Reihe von Disziplinen. Von den 1970er Jahren an hat diese Bewegung dann eine geradezu rasante Ausweitung erfahren – dank einer Reihe von Schriftstellern und Akademikern.

Sie alle haben Werten eine ganz besonders große Bedeutung beigemessen. Einen Meilenstein markiert Adam Curles Buch „True Justice“ (Wahre Gerechtigkeit) – eines der Schlüsselwerke der Friedensforschung in der westlichen Welt. Der Autor lässt darin keinen Zweifel daran, dass Friedensarbeit radikale Wandlungen auf sozialer und persönlicher Ebene erfordert sowie ein hohes Maß an persönlichem Engagement und Bewusstsein der eigenen Rolle.¹⁸ Innerer Frieden wurde nach Übereinstimmung vieler Pioniere der damaligen Zeit als entscheidendes Kriterium für die persönliche Entwicklung von Friedensstiftern betrachtet.

Damit verbunden war die Bedeutung der „Ermächtigung“ anderer und der Gewaltlosigkeit. Friedensarbeit bedeutete eine entschlossene Abkehr vom konventionellen Denken, da sie auf den Bau der Fundamente einer „gesunden“ Gesellschaft ausgerichtet war. Dabei war auch ein Kampf programmiert: der Widerstand gegen Versuche, die hart gewonnenen Errungenschaften und Rechte wieder rückgängig zu machen, sowie die kreative Förderung neuer Strategien und Institutionen. Man kann nicht Frieden stiften, ohne den Frieden selbst zu verkörpern. Oder um mit Gandhi zu sprechen: „Sei selbst der Frieden, den Du in der Welt sehen willst.“ Die Menschen, die sich damals der Bewegung anschlossen, mussten sich mit solchen Wertvorstellungen auseinandersetzen und überlegen, wie sie diese in der Gesellschaft, in der sie lebten, umsetzen könnten. Die Tragweite hatte revolutionäres Potenzial, und viele Menschen – wie auch die Autoren dieses offenen Briefes – fühlten sich von den seinerzeitigen Schriften ebenso wie von ihren Verfassern inspiriert.¹⁹ Als Konsequenz aus diesen Anfängen wurde große Mühe darauf verwendet, ein tieferes Verständnis von Frieden, Konflikt, Gewalt und der zugrunde liegenden Dynamik zu entwickeln.

Heute besteht die zentrale Botschaft der Friedensbewegung darin, dass ein Frieden mehr erfordert als nur einen Verhaltenswandel, um unmittelbare Gewalt zu reduzieren oder zu verhindern. Grundsatzserklärungen und öffentliche Dokumente sprechen von einem „negativen“ und einem „positiven“ Frieden sowie von der Bearbeitung struktureller Gewalt und dem Engagement für einen grundlegenden kulturellen Wandel. Sie sprechen von der notwendigen Entscheidung, was für eine Art Frieden man erreichen möchte. Zugleich hat sich die Auffassung geändert, wonach ein Konflikt notwendigerweise immer gewaltsam und schädlich sein muss. Konflikte sind unvermeidlich und können durchaus die treibende Kraft für einen konstruktiven Wandel sein. Sie können nämlich die kritischen Gefahrenzonen innerhalb einer Gesellschaft offenlegen und ihre Überwindung ermöglichen. Wenn Entwicklung das Ziel verfolgt, eine gegebene Situation von Armut und Ungerechtigkeit zu verändern, dann wird sie als grundsätzlich kontrovers betrachtet. Wie ein solcher Konflikt wahrgenommen wird, ist von entscheidender Bedeutung für die Qualität des Entwicklungsprozesses.

Friedensstifter verweisen auf wichtige globale Themen wie wirtschaftliche Ungerechtigkeit, die Verweigerung von Rechten und Möglichkeiten zur Teilhabe sowie die Zerstörung der Umwelt. Alle diese Faktoren werden als Auslöser von Gewalt betrachtet. Bei ihrer Arbeit sprechen die

¹⁸ Adam Curle: „Quaker Peacemakers and Peace Making“ (Friedensstifter der Quäker und Friedensaufbau) - (Swarthmore-Vorlesung), Quaker Books, 1981

¹⁹ Siehe zum Beispiel Simon Fisher: „Spirited Living: Waging Conflict, Building Peace“ (Geistvolles Leben: Konflikte abwägen, Frieden aufbauen) - (Swarthmore-Vorlesung), Quaker Books, 2004

Friedensstifter von mächtigen Systemen und betonen, dass große Veränderungen auch von kleinen strategischen Interventionen bewirkt werden können. Dieses strategische Denken enthält die Idee eines langfristigen Wandels auf mehreren Ebenen, und Ausbildungsprogramme für Friedenseinsätze umfassen oft die dafür notwendigen theoretischen Grundlagen und praktischen Vorgehens- und Verhaltensweisen.

Kurz gesagt, vieles von diesem konzeptionellen Hintergrund-Denken ist auf weitreichenden Wandel ausgerichtet. Der Begriff „Konflikttransformation“ wird inzwischen wohl am häufigsten angewendet. Er drückt aus, wie solche Gedanken zur Erarbeitung eines umfassenden Konzepts beitragen könnten, dessen Vision sich vom gegenwärtigen Zustand der Welt radikal unterscheiden würde.

3.1.2 Transformative und technische Ansätze

Und doch steht die Praxis im Widerspruch zu den verkündeten Zielen und dem konzeptionellen Fundament. Es scheint, als ob die Vorstellung des Möglichen unerbittlich geschrumpft wäre. Friedensstifter haben offenbar die Fähigkeit verloren, vor lauter Bäumen noch den Wald zu sehen.

Ein Zeichen dafür ist der Widerwille vieler Organisationen, ihre grundlegenden Werte genauer zu definieren als nur in Allgemeinplätzen. Was verstehen sie wirklich unter einem „umfassenden Bild“, und was sind die daraus zu ziehenden Konsequenzen für ihre Arbeit? Ein Blick auf ausgewählte Dokumente von Friedensorganisationen bestätigt dies.²⁰ Viele Friedensstifter fühlen sich am wohlsten dabei, strategische Pläne sowie Finanzierungsvorschläge und Risikoanalysen zu erstellen. Dies ist ihnen lieber, als ihre Werte klar zu definieren und deren Bedeutung unmissverständlich und realistisch darzulegen – nicht nur mit Blick auf die Zukunft, sondern auch hier und jetzt. Je nach Stärke der Aussage dieser Aktivisten über sich selbst und ihr Umfeld könnte man jedoch sagen, dass dieser zweite Schritt eigentlich eine Voraussetzung für das Gelingen des ersten ist.

Der „nachhaltige Frieden“, der angestrebt wird, die vorliegenden Programme und Expertisen erweisen sich in der Praxis häufig als „Flickwerk“ – als Versuche, eine minimale Stabilität zu erreichen, welche eine Intervention erlaubt im Rahmen der gegenwärtigen Weltordnung, die von den Kräften des Marktes und geopolitischen Machtkonstellationen bestimmt wird.

Ein Blick auf die verfügbaren Programme von INGOs legt den Schluss nahe, dass sie für einen Frieden arbeiten, der sich kaum von den Vorstellungen der Machteliten dieser Welt unterscheidet - seien es nun Regierungen oder Wirtschaftsunternehmen. Zumindest findet man kaum überzeugende Beispiele dafür, dass diese INGOs mit ihren Prinzipien und Praktiken irgendeinen entscheidenden Einfluss ausüben können. Viele Studien der Friedensforschung in der nördlichen Hemisphäre analysieren die Ursachen von Kriegen in weit entfernten Teilen der

²⁰ Die Organisation International Alert beschreibt ihre Vision als „eine Welt, in der Menschen, wenn sie ihre Menschenrechte einfordern und Chancen für die Verbesserung ihrer eigenen Lage sowie der ihres Umfeldes wahrnehmen wollen, auftretende Konflikte mit Ehrlichkeit, Direktheit und auch mit Weisheit so austragen, dass sie sich nicht in Gewalt entladen“. (International Alert Strategic Perspective, 2005-2009, siehe: <http://www.international-alert.org/publications/245.php>). Die International Crisis Group definiert ihr Ziel als „Prävention – also diejenigen, die den Lauf der Dinge beeinflussen können, von einer Handlungsweise zu überzeugen, die Spannungen und Missstände abbaut, anstatt sie weiter schwelen und schließlich in einem gewaltsamen Konflikt explodieren zu lassen (International Crisis Group, Jahresbericht 2007, siehe: http://www.crisisgroup.org/library/documents/miscellaneous_docs/crisis_group_2007_annual_report_web.pdf).

Die Mission des Carter Center „wird angetrieben von einer fundamentalen Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten und der Linderung von menschlichem Leid. Das Zentrum versucht, Konflikte zu verhindern und zu lösen, Freiheit und Demokratie auszuweiten und die gesundheitliche Situation zu verbessern“ (siehe: <http://www.cartercenter.org/about/index.html>).

Welt. Nur wenig Aufmerksamkeit widmen sie jedoch der beispiellosen militärischen Rolle ihrer eigenen Länder bei der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Weltordnung gemäß deren spezifischen Vorstellungen. Die Aktivitäten multinationaler Konzerne, die auf die Entwicklungen in der Welt wohl den größten Einfluss nehmen, werden bei solchen Konfliktanalysen oft völlig außen vor gelassen. Sollten sie dennoch berücksichtigt werden, dann beschränkt sich diese Einbeziehung häufig auf etwas Konfliktsensibilität hier und etwas mehr soziale Verantwortung dort. Wo aber kommen bei der Mehrheit der Friedensstifter etwa der Klimawandel und der Energieverbrauch zur Sprache – sei es als Faktoren in der Dynamik von Konflikten oder mit Blick auf die Tatsache, dass internationale Organisationen rund um die Welt reisen, um ihre Treffen abzuhalten?

Derzeit finden auf der ganzen Welt weitreichende Überlegungen statt, was Frieden und Wohlbefinden für die Menschheit tatsächlich bedeuten und wer dafür verantwortlich sein sollte. Der Lehrsatz: „Je mehr Du hast, desto glücklicher bist Du“ - lange Zeit der Motor für wirtschaftliche und politische Entwicklung - wird zunehmend nicht nur als fragwürdig für die menschliche Entwicklung betrachtet, sondern auch als nicht durchführbar und geradezu selbstzerstörerisch auf globaler Ebene. Die Friedensbewegung scheint sich aber an dieser Debatte kaum zu beteiligen. Viele ihrer Aktivisten propagieren weiterhin die mangelhafte Idee eines liberalen Friedens, der als Kombination aus Demokratie, Menschenrechten und freier Marktwirtschaft definiert wird.²¹ Wahrscheinlich wagen sie es nicht, auf Gebiete vorzudringen, die ihnen den Ruf von Utopisten oder Sozialisten eintragen könnte. Realistische Alternativen zu diesem Schweigen sind natürlich nicht so leicht aufzuzeigen. Wenn man sich jedoch nicht dazu durchringen kann, diese Themen klar zu benennen und zu erforschen oder sie in die eigene Arbeit einzubeziehen, dann läuft die Friedensbewegung Gefahr, zu Komplizen für den Erhalt des gegenwärtigen unhaltbaren Weltgefüges zu werden.

Die in der folgenden Tabelle dargestellte vorläufige Klassifizierung von Visionen und praktischer Arbeit verdeutlicht einige der konträren Ansätze, die von den Aktivisten der Friedensbewegung angewendet werden. Wenn eine gewisse Vereinfachung erlaubt ist, so kann man die Praxis der Friedenskonsolidierung zumeist in jeweils eines von zwei Lagern einordnen. Auf der einen Seite ist die Arbeit demnach auf fundamentalen politischen und sozialen Wandel ausgerichtet – „transformative“ Friedensarbeit. Auf der anderen Seite gibt es die akkumulative Friedensarbeit, die auf Veränderungen in ganz bestimmten Bereichen abzielt, ohne notwendigerweise den größeren gesellschaftlichen Zusammenhang infrage zu stellen. Dies kann als „technische“ Friedensarbeit bezeichnet werden. Die untere Tabelle illustriert einige dieser Unterschiede.

Hier muss allerdings von Anfang an klargestellt werden, dass sich nach unserer Erfahrung dieselben Personen je nach Situation auf beiden Seiten der aufgezeigten Trennlinie wiederfinden können. Die Tabelle vergleicht deshalb zwei unterschiedliche Ansätze, nicht aber zwei unterschiedliche Typen von Aktivisten. Es scheint aber so, als würde die Mehrheit der Involvierten die „technische“ Friedensarbeit bevorzugen, da sie eher ihren Vorstellungen von einem realistischen Ansatz entspricht.

²¹ Siehe zum Beispiel das noch laufende Forschungsprojekt „Liberal Peace and the Ethics of Peacebuilding“ (Liberaler Friede und die Ethik der Friedensarbeit), International Peace Research Institute, Oslo: http://www.prio.no/page/Project_detail/d/9244/49241.html

Tabelle 1. Konträre Ansätze zur Friedensarbeit: „technisch“ versus „transformativ“		
	Technischer Ansatz	Transformativer Ansatz
	ZIELE	
Umfassendes Ziel	Eine spezifische Situation / einen offenen Konflikt zu beenden: „negativer“ Friede	Zusätzlich die zugrunde liegende Struktur und Kultur als integrale Elemente zu beeinflussen, um etwas Besseres aufzubauen: „positiver“ Friede
Agenda	Wird bestimmt von Geldgebern und Projektträgern unter nur begrenzter Konsultation der lokalen Gemeinschaft	Wird bestimmt von der lokalen Gemeinschaft und ständig mit ihr gemeinsam überprüft, Geldgeber und Projektträger werden dabei konsultiert
Operationsziele	Erfüllung der Projektziele	Förderung einer gemeinsamen Vision mit der / für die Gemeinschaft, für die das Projekt / Programm bestimmt ist
Priorität	Die Inhalte des Programms	Solidarität, soziale Beziehungen sowie Programminhalte
	STRATEGIE	
Fokus	Die Arbeit an sich	Die Integration von Elementen eines weitergehenden Wandels in die Arbeit
Evaluierung	Fokus liegt auf Effizienz und Erfolg des Projekts	Effizienz plus Frage nach der Wirkung im Rahmen eines größeren Gesamtkonzepts
Lernprozess	Misserfolge werden heruntergespielt	Misserfolge werden als Ausgangspunkte für das weitere Vorgehen gewertet; Selbstreflexion und einzelne Lernschritte werden stets mit berücksichtigt
Grundthema	Die sich präsentierenden Probleme lösen	Streitfragen umfassend zu überwinden und einen Wandel zu erzielen
Theorie des Wandels	Implizit: Veränderung von unmittelbaren Situationen wird Wellen schlagen	Explizit: Theorie wird bewusst entwickelt unter Berücksichtigung von Analysen und Systemkategorien
Umfang	Eine Ebene, ein Sektor	Viele Ebenen von lokal bis global, sektorübergreifende Allianzen
Zeithorizont	Dauer des Projekts (plus Nachbearbeitung)	Mittel- bis langfristig
	WERTE	
Rechenschaftspflichtigkeit	In erster Linie gegenüber den Geldgebern	In erster Linie gegenüber den Projektpartnern / der Gemeinschaft
Was für eine Art Frieden?	Machtverhältnisse gelten als unveränderbar: deshalb Notwendigkeit von Kompromissen	Friede muss der gesamten Gemeinschaft dienen, insbesondere ihren schwächsten Mitgliedern: Option, an der Überwindung der Machtverhältnisse zu arbeiten, wenn dies für eine bessere Zukunft notwendig ist
Selbstbild	Professionelle, die eine gute Arbeit verrichten	Akteure, die für einen Wandel kämpfen und eine solche Transformation zu vollziehen versuchen
	ANALYSE	
Kontext	Fokus liegt auf dem Projekt und der damit verbundenen Arbeit, die von Projekt-Mitarbeitern ausgeführt wird	Hinzu kommen eine permanente Konfliktanalyse und Planungen für die Zukunft, die alle gemeinsam mit der erweiterten Gemeinschaft erarbeitet werden
Akteure	Gutes Arbeitsklima wichtig	Darüber hinaus Arbeit an einem Wandel der Perspektiven und Ziele mit Herzblut und dem Willen, eine gemeinsame Identität zu erlangen
Einstellung zur Gewalt	Verhinderung und Abbau als Ziel; ambivalente Haltung zur Anwendung von Gewalt	Faktoren wie Rasse, Geschlecht und Klasse werden als integrale Bestandteile von Gewalt betrachtet; deren Energie soll ins Positive verwandelt werden; aktive

		Förderung von gewaltfreien Ansätzen
Betrachtung von Konflikten	Als Hindernis für das Erreichen bestimmter Ziele	Als unvermeidlich, aber als potenzielle Chance für Entwicklung und Wandel; Erörterung von Optionen, diesen Wandel zu intensivieren

Interessant ist die Feststellung, dass etwa zwei Drittel dieser obigen Aussagen sich nicht grundsätzlich widersprechen, sondern gegenseitig ergänzen. In diesen Fällen könnte ein technischer Ansatz zu einem transformativen weiterführen, weil er dessen Keime bereits in sich birgt. Unter dem Stichwort „Priorität“ zum Beispiel müssten nur noch die sozialen

Beziehungen gezielt berücksichtigt werden, um die notwendige Erweiterung von Inhalten und Aufgaben zu gewährleisten. Diese Rahmenbedingungen belegen also, dass wir nicht unbedingt einen großräumigen oder globalen Umfang brauchen. Die Saat der Transformation kann schon in den kleinsten Abschnitten der „technischen“ Friedensarbeit ausgesät werden, wenn wir nur kreativ und mutig genug sind.

Nebenbei bemerkt könnten Entwicklungshelfer hier eine Parallele zu der langen und oft erbittert geführten Debatte über die Beziehung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklung entdecken. In punkto humanitäre Hilfe wird stets argumentiert, dass hier die dringende Notwendigkeit bestehe, eine ganz bestimmte Aufgabe zu erfüllen. Das Gegenargument lautet, dass keine auf Menschen ausgerichtete Maßnahme ausschließlich technisch sein könne, sondern dass bei jeder Intervention soziale Beziehungen berücksichtigt werden müssten, weil diese in ihrem Gefüge geschädigt oder gefördert werden könnten. Dies hat ein weiteres Nachdenken darüber beflügelt, wie humanitäre Hilfe zur Entwicklung beitragen könnte.

Dennoch stehen einige der Schlüsselargumente unweigerlich im Widerspruch zueinander. Hierbei geht es um Entscheidungen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Richtung einer jeden Initiative haben könnten: Welche Ziele verfolgen wir, wem gegenüber sind wir rechenschaftspflichtig, was für eine Art Frieden wollen wir erreichen und für wen?

Den Autoren dieses offenen Briefes erscheint es, als ob sich die meisten Organisationen der Friedensbewegung auf den „technischen“ Friedenaufbau konzentrieren. Entwicklungshilfeorganisationen mit einer Perspektive der Friedenskonsolidierung tendieren ebenfalls dazu, diesem Trend zu folgen. Dabei begrenzen sie ihre Optionen oft auf den Begriff der Konfliktsensitivität, was in vielen Fällen auf einen „technischen“ Ansatz hinausläuft.

Natürlich sind solche Begriffsdefinitionen eine grobe Vereinfachung, doch könnte es sich lohnen, die Aktivitäten unserer Organisationen und unsere Handlungsfelder zu überprüfen, falls wir uns über unsere Möglichkeiten der Einflussnahme auf einen weitergehenden Wandel sorgen. Wir könnten dann zum Beispiel die Hindernisse reflektieren, die einem Sieg der transformativen Elemente im Wege stehen. Dies würde uns - mit Bezug auf alle Spalten der obigen Tabelle - notwendigerweise darüber nachdenken lassen, wer eigentlich was tut. Reden wir über Insider oder Outsider? Im letzteren Fall könnte man argumentieren, dass Outsider weniger Schaden anrichten, wenn sie sich an unsere technischen Vorgaben halten und keine Transformation von Situationen anstreben, die ihnen nicht von Grund auf vertraut sind. Wenn dies tatsächlich zutrifft, wie können sie sich dann aber so verhalten, dass sie die Initiative der Insider nicht einschränken?

Bei einer solchen Diskussion könnte sich darüber hinaus die Frage stellen, welche Rolle die Bürokratie in einem jeden Lande dabei spielt, das persönliche Engagement von Individuen oder Teams einzuschränken. Ferner gibt es womöglich Auswirkungen auf die Bedeutung der Professionalisierung und was diese im Kontext der Friedensarbeit bedeutet. Steht die gegenwärtige Einschätzung von Professionalität im Einklang mit einem transformativen Ansatz?

Fallstudie 3: Das Programm von Search for Common Ground zum Thema „Frauen und Regierungsarbeit“ in Burundi – was macht ein Projekt wirklich transformativ?

Die Organisation Search for Common Ground (Suche nach Gemeinsamkeiten - SFCG) nahm ihre Arbeit in Burundi 1995 auf, also ein Jahr nach dem Völkermord im Nachbarland Ruanda. Das Projekt „Frauen und Regierungsarbeit“ wurde 2004 ins Leben gerufen mit dem Ziel, die Teilhabe von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene zu erhöhen. Zu diesem Zweck sollten Frauenorganisationen im ganzen Land gefördert werden. Die angebotenen Weiterbildungsmaßnahmen umfassten inter-ethnische Zusammenkünfte ebenso wie Workshops zu den Themen Konfliktlösung, Führungsfragen, organisatorische Entwicklung und Bürgerrechte sowie Bewusstseinsbildung mit Hilfe der Medien.

2006 wurde eine externe Evaluierung des Projekts durchgeführt. Dabei wurden insbesondere die Maßnahmen vor den Kommunal- und Parlamentswahlen in Burundi im Sommer 2005 analysiert – mit dem Ergebnis, dass sich das Projekt seinerzeit vorrangig auf die Beteiligung von Frauen an diesen Wahlen konzentrierte und deshalb die tatsächlichen Möglichkeiten der Einflussnahme auf kommunaler und regionaler Ebene weitgehend außer Acht ließ.

Ein eindeutig transformativer Aspekt lag darin, dass das Projekt bewusst auf mehrere Ebenen abzielte: von Versöhnungsarbeit auf der Graswurzel-Ebene bis hin zur Schaffung eines nationalen Frauennetzwerks für Kampagnenarbeit. Der Umfang des Programms (140 Verbände im ganzen Land) war aber vermutlich zu weit gefasst, um eine tiefere Wirkung zu erzielen. Letztlich hat es sich als unmöglich erwiesen, das nationale Netzwerk zu organisieren. Da sich das Projekt aber auf die nationale Ebene konzentrierte, kamen die Kampagnen auf der kleineren kommunalen Ebene dann ebenfalls nicht zustande.

Nach der Evaluierung wurden in die zweite Projektphase Modifizierungen eingebaut, zum Beispiel eine Umstrukturierung, um Frauen- und Jugendarbeit zusammenzulegen. Zugleich wurde der Kreis der Begünstigten ebenso reduziert wie die Anzahl der erfassten Provinzen. Ferner wurden die Fortbildung der Trainer intensiviert und die Rahmenbedingungen zur kontinuierlichen Überprüfung des Projekts verbessert. Doch schien sich keine dieser Maßnahmen speziell dem Ziel zu widmen, Frauen stärker in den politischen Prozess auf kommunaler / regionaler Ebene einzubinden.

Daraus ergeben sich Fragen nach der Orientierung von Projekten einer INGO. Unter welchen Umständen gibt es Chancen, dass ein eher transformativer Ansatz zum Tragen kommt? Worin besteht dann seine Legitimität? Wenn der Ansatz doch auf der technischen Ebene verharrt, wie kann das Risiko minimiert werden, dass ein potenziell ungerechtes und instabiles Regierungssystem weiter gestärkt wird? Interessant ist, dass SFCG die externe Evaluierung aus dem Jahre 2006 und die Reaktionen der Projekt-Mitarbeiter ins Internet gestellt hat. Dies ist ein seltenes Beispiel für Offenheit unter den friedensstiftenden Organisationen, was schon an sich einem transformativen Ansatz gleichkommt.

Quelle: „Key Findings from 2006 ‚Women and Governance‘ Project Evaluation“ (Schlüsselergebnisse der Evaluierung des Projekts „Frauen und Regierungsführung“)

(<http://www.sfcg.org/sfcg/evaluations/womengovkey.pdf>); Burundi Programme Overview

(<http://www.sfcg.org/programmes/burundi/pdf/burundi.pdf>)

Warum ist das alles so wichtig? Nun, ein Grund liegt darin, dass der technische Ansatz allein kaum zur Veränderung des Systems im weiteren Sinne beitragen kann. Im Gegenteil, wie wir oben ausgeführt haben, könnte er sogar dazu beitragen, den instabilen und immanent ungerechten Status quo zu verstärken – und das alles im Namen eines nachhaltigen Friedens. Oder anders ausgedrückt, die Scheu zu definieren, was wir unter einem positiven beziehungsweise „größeren“ Frieden verstehen und wie wir diesen erreichen könnten, ist potenziell katastrophal. Wenn wir nichts zu sagen haben über den gegenwärtigen Zustand der Welt oder, was viel wichtiger ist, auch nichts dagegen tun, was tun wir dann überhaupt? Unsere Projekte hängen dann vermutlich in einem luftleeren Raum. Und so eine Position ist letztlich selbstzerstörerisch. Denn der ständig steigende Lebensstandard, den unsere Friedensarbeit anscheinend nach sich zieht, erweist sich schon bald als Hirngespinnst, als unerreichbar. Unser Planet leidet unterdessen unter dem Massenkonsum vieler Menschen und dem Überlebenskampf von Millionen anderen.

3.2 Das Verhältnis zu Machthabern: Unterwürfigkeit verhindert Transformation

Es gibt Graswurzel-Organisationen und Bewegungen der Friedensarbeit, die kein Problem damit haben, hintergründige Interessen und Strukturen offen anzusprechen. Oft ist der Hauptgrund für ihre Existenz schlicht der Widerstand gegen Gewalt und Ungerechtigkeit. Kampf und eine gewisse Ungemach gehören für sie zum täglichen Leben; auch direkte gewaltfreie Aktionen und Verhaftungen sind nichts Ungewöhnliches.

Wenn sich diese Gruppen mit INGOs zusammenschließen, erwarten sie von ihnen oft eine ebenso harte Haltung zu deren Regierungen und den hintergründigen Interessen in deren jeweiligen Ländern. Hierbei werden sie allerdings meistens enttäuscht. INGOs verhalten sich in der Regel ganz anders – auf eine Weise, die sie selbst als professionell betrachten. Ihr Handwerk besteht aus Forschung, Informationsverbreitung, Kampagnen und Überzeugungsarbeit. Auch Briefe, Sitzungen und Studien dienen dazu, den jeweiligen Belangen so gut wie möglich Geltung zu verschaffen. Wenn sie auf Ablehnung stoßen, was häufig der Fall ist, dann kann gewöhnlich nicht mehr viel getan werden. Widerstand und gewaltfreie Aktionen werden nur von kleineren Randgruppen durchgeführt. Partnerschaften zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor Ort zivilen Ungehorsam leisten, und den INGOs der nördlichen Hemisphäre scheinen also relativ selten zustande zu kommen.

Dies ist allerdings eine Verallgemeinerung. Es gibt Belege dafür, dass INGOs des Nordens Widerstandsbewegungen in anderen Teilen der Welt sehr wohl unterstützt und lokale Akteure geschützt haben, wenn deren Leben bedroht war. Während der schrecklichen Gewalt in Lateinamerika in den 1980er Jahren hat Oxfam zum Beispiel keine schriftlichen Dokumente mehr aufbewahrt, um der Gefahr vorzubeugen, dass sie in die falschen Hände fallen. Die übliche Berichterstattung erfolgte nur noch mündlich auf Vorstandssitzungen. Erst nachdem ein Wandel eingetreten war, wurden die gesammelten Erfahrungen niedergeschrieben.²² Sicherheitsbedenken mögen INGOs dazu verleitet, haben ihre Handlungsfelder einzuschränken – es besteht aber immer noch die Notwendigkeit der Unterstützung für mutige Zeitgenossen, die unter schwierigen Umständen Widerstand gegen Ungerechtigkeit leisten.

Die offensichtliche Ungleichheit im Engagement der INGOs und der Zivilgesellschaft vor Ort wird häufig damit gerechtfertigt, dass die lokalen Gruppen eben an der Front arbeiten, während die INGOs ihnen Rückendeckung geben. Eine solche Position ist aber kaum noch zu halten in einer Welt, in der Friedensstifter der Gewalt überall mit einem systemischen

Ansatz begegnen. In einer globalisierten Welt befinden wir uns auch alle an der Front bezüglich der dringlichsten sozialen Fragen. Zwar ist diese Front nicht immer so eindeutig wie eine Schusslinie, aber auch politische Entscheidungen werden an der Front getroffen – Entscheidungen etwa, bestimmte Parteien vom Dialog auszuschließen oder Einfuhrzölle zu verhängen, was vordergründig im Namen der Bevölkerung des betroffenen Landes geschieht.

Warum legen sich INGOs also nicht mit ihren jeweiligen Regierungen an und warum riskieren sie nicht ihren Lebensunterhalt, um die Sache ihrer Partner vor Ort voranzutreiben? Ein Grund mag einfach darin bestehen, dass die Angelegenheit für sie eben nicht eine Frage von Leben und Tod ist. Ein anderer Grund könnte aus der internen Organisationsstruktur und den Verwaltungsabläufen von INGOs ergeben und der Frage, wer für solche Entscheidungen zuständig ist. In einigen internationalen Organisationen streiten sich verschiedene Abteilungen über die Botschaft, die man aussenden will. Projektabteilungen sind eher zu Konfrontation und Protesten bereit, während die Grundsatzabteilungen in der Regel einen „sanfteren“ Ansatz bevorzugen.

²² Bridget Walker: Kommentare zum Entwurf dieses offenen Briefes, Dezember 2007

Ein weiterer Grund könnte in der wachsenden wechselseitigen Austauschbarkeit und Verflechtung von Regierungen und INGOs in einigen Ländern liegen. Nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan etwa kam ein Viertel der neuen Kabinettsmitglieder aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mindestens einer davon wurde später Botschafter. Auch in vielen anderen Ländern ist ein Engagement in der Zivilgesellschaft häufig der erste Schritt in die Politik. In Großbritannien wurden Mitarbeiter von Oxfam Beamte im Entwicklungshilfe- und im Außenministerium oder auch Minister. Der frühere Chef der Grundsatzabteilung von Oxfam wurde zum Botschafter in Kuba ernannt. Ist all dies das Ergebnis von kreativem Denken auf Seiten der Regierung oder ein Ausverkauf von Prinzipien auf Seiten der Zivilgesellschaft oder nur die jeweils eine Seite derselben Medaille?

Letztlich aber geht es hier wohl um Machtfragen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, beugen sich INGOs ihren jeweiligen Regierungen: Sie stellen sich ihnen gewöhnlich nicht entgegen, vor allem nicht in der Öffentlichkeit, und riskieren auch keine größeren Auseinandersetzungen in wichtigen Fragen. Schließlich, so denkt man offenbar, handelt es sich hier doch um demokratische Regierungen. Also sollten sie auch nicht über die Höflichkeitsgrenzen des demokratischen Diskurses hinaus angegriffen werden, selbst wenn sie sich eklatant undemokratisch verhalten. Sogar Anfang 2003, als der Irak-Krieg drohte und tausende Menschen in Großbritannien auf die Straße gingen, bezogen INGOs mit Sitz im Vereinigten Königreich keine klare Position gegen den Militäreinsatz. Sie waren auch nicht die treibende Kraft hinter den anschließenden Bemühungen, die politische Führung für den Irak-Einsatz öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Diese widersprüchlichen Verhaltensweisen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und INGOs gegenüber Regierungen und anderen mächtigen Gruppen in ihren jeweiligen Gesellschaften sind höchst problematisch und markieren zweifellos eine große Schwachstelle, vor allem mit Blick auf das viel beschworene Konzept einer „gleichberechtigten Partnerschaft“. Hier stellt sich die leider nur selten angesprochene Frage nach dem Wesen solcher Partnerschaften. Oft dienen sie nur dazu, große Ungleichheiten zu übertünchen, ob nun zwischen der internationalen und der örtlichen Zivilgesellschaft oder zwischen Regierungen und INGOs. Hieraus erklärt sich eine gewisse Zersplitterung der Friedensarbeit (von der Grasswurzel- bis zur höchsten Ebene). Auch die Spannungen, die in vielen Nord-Süd-Partnerschaften immer wieder zu Tage treten, erscheinen vor diesem Hintergrund einleuchtender.

Das folgende Schaubild²³ zeigt ein Spektrum von Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und den Machteliten ihrer jeweiligen Länder. Reflektiert wird dabei die kritische Bedeutung der Ziele, die sich jede Partei im Rahmen ihrer relativen Machtposition gesetzt hat.

Schaubild 1.

Beziehungen der Zivilgesellschaft zu Machteliten: ein Spektrum der Optionen

Erste Ebene: Abhängigkeitsverhältnis – Ziele der Eliten stehen im Vordergrund

Komplizenhaftes Verhalten:

Die Zivilgesellschaft ist eine stille Partei bei Regierungsentscheidungen und wird von außen auch als solche wahrgenommen – es sei denn, sie gibt sich große Mühe, sich zu distanzieren.

Kollaboration:

Die Zivilgesellschaft setzt politische oder wirtschaftlichen Entscheidungen und Programme um, die ausschließlich von Regierungen oder Unternehmen finanziert werden. Dafür werden häufig gesetzlich verbindliche Verträge abgeschlossen.

Zweite Ebene: Wechselseitige Abhängigkeit / Verflechtung

Beitrag von Ideen:

Die Zivilgesellschaft steht im Dialog mit der Regierung und unterbreitet Vorschläge für angemessene Reaktionen auf bestimmte Themenbereiche und Situationen.

Gegenseitige Ergänzung (der mittlere Punkt des Spektrums):

Die Zivilgesellschaft arbeitet parallel zur Regierung als separate Einheit im selben System. Sie unterstützt die Machtelite nicht, stellt sich ihr aber auch nicht entgegen.

Dritte Ebene: Unabhängigkeit – Eigene Ziele stehen im Vordergrund

Widerspruch:

Die Zivilgesellschaft stellt Aktionen, Prioritäten und Verhaltensweisen der Regierung infrage, in privaten Gesprächen oder auch durch Lobby-Arbeit für alternative Modelle und Prozesse.

Konfrontation:

Die Zivilgesellschaft bezieht öffentlich eine klare Position gegen die Politik und das Verhalten der Regierung (z.B. mit Demonstrationen und öffentlichen Kampagnen). Dabei werden die Folgen der gegenwärtigen Politik deutlich gemacht.

Kontrolle:

Die Zivilgesellschaft mobilisiert mit Entschlossenheit all ihre Kräfte, um die gegenwärtige Politik in Theorie und Praxis radikal zu verändern. Ultimatив schließt dies den Versuch mit ein, eine andere Regierung oder ein anderen Regime zu erreichen.

²³ Übernommen und weiterentwickelt von Catherine Barnes: „Weaving the Web: Civil Society Roles in working with conflict and building peace“ (Ein Netz weben: Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung). In: Lynne Rienner: „People Building Peace II: Successful Stories of Civil Society“ (Menschen schaffen Frieden II: Erfolge der Zivilgesellschaft), 2005. Die ursprüngliche Version wurde 2003 von den Teilnehmern eines Workshops erarbeitet, in dem auch Andy Carl und Simon Fisher eine aktive Rolle spielten.

Dieses Diagramm kann sehr nützlich sein, um die Beziehungen von Zivilgesellschaften sowohl zu Regierungen als auch zu Wirtschaftseliten oder zu beiden in einer bestimmten Situation zu umschreiben. Zu berücksichtigen sind dabei natürlich Faktoren wie das Wesen der Regierung und ihre spezifische Politik sowie die Werte und Visionen der zivilgesellschaftlichen Akteure. Wo es ein hohes Maß an Unabhängigkeit gibt und ein breites Wertespektrum, kann man eine Vielfalt von Beziehungen aus allen obigen Kategorien erwarten – vielleicht mit Ausnahme der letzten: Kontrolle.

Was nun die unterschiedlichen Rollen und Beziehungen lokaler und internationaler Organisationen betrifft, so liegt nach Ansicht der Autoren dieses offenen Briefs folgender Tatbestand vor: Auf der Ebene der Verflechtung gibt es zweifellos Überschneidungen, insgesamt jedoch operieren Friedensgruppen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen gegenüber ihren Regierungen eher auf den Ebenen der Unabhängigkeit und der wechselseitigen Abhängigkeit. INGOs hingegen tendieren weitgehend zur Abhängigkeit. Theoretisch hätten beide Gruppierungen jedoch dieselben Ausgangsmöglichkeiten, einen Wandel einzuleiten, und beide arbeiten „an der Front“.

Bei solchen Kategorisierungen muss man aber auch die Kluft zwischen Anschein und Wirklichkeit beachten. Vor allem in Unterdrückerstaaten kommt es vor, dass zivilgesellschaftliche Organisationen notwendigerweise Positionen einnehmen, die nach außen hin einer Komplizenschaft gleichkommen. Verdeckt spielen sie jedoch eine unabhängigere Rolle und leisten Widerstand. Es ist eine berechtigte, aber offene Frage, inwieweit dies auch unter weniger repressiven und mehr demokratischen Bedingungen zutrifft – zu einem gewissen Grad ist das wohl auch hier der Fall. Man darf ferner nicht vergessen, dass Insider immer besser informiert sind als Outsider und deshalb am besten entscheiden können, welchen Spielraum es dafür gibt, mehr Entschlossenheit zu demonstrieren.

3.2.1 Die Rolle der Mittelvergabe

Eine wichtige Frage, die von Anfang an im Raum stand, aber bislang noch nicht erörtert wurde, ist die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der politischen Ausrichtung und kann transformative Ansätze verhindern. INGOs haben hier vielleicht etwas mehr Spielraum als zivilgesellschaftliche Gruppen vor Ort, aber gerade die internationalen Organisationen für Friedensdienste können kaum aus eigener Kraft die nötigen Finanzmittel für ihre Arbeit aufbringen. Wenn man bedenkt, wie stark dieser Sektor seit Anfang der 1990er Jahre an Größe und Betätigung gewachsen ist, dann ist es wohl keine Überraschung, dass dies hauptsächlich wegen der finanziellen Unterstützung von westlichen Regierungen möglich war, die einen Erfolg der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit als zunehmend wichtig für ihre eigenen außenpolitischen Ziele betrachten. INGOs und lokale zivilgesellschaftliche Gruppen mögen das Verhältnis von Ursache und Wirkung etwas anders darstellen, aber die Versuchung, öffentliche Gelder anzunehmen, ist sehr groß, selbst wenn man seine Ziele dafür modifizieren muss. Man denke nur an den Nahen Osten, wo viele Mittel für Friedensarbeit nur unter der Voraussetzung bereitgestellt werden, dass der Konflikt in einer bestimmten Struktur angegangen wird – was konkret bedeutet, dass man mit einigen der bedeutendsten lokalen Akteure nicht zusammenarbeiten darf, wenn diese von den Geldgebern als „Terroristen“ eingestuft werden.²⁴ Die Europäische Union arbeitet gerade an neuen Richtlinien, mit denen verhindert werden soll, dass zivilgesellschaftliche Organisationen von Terroristen für deren Ziele missbraucht werden. Dies dürfte die Arbeit der Friedensdienste weiter untergraben, denn die Mittelvergabe wird mit dem „Krieg gegen den Terrorismus“ verknüpft. Zugleich wird eine übermäßige Bürokratie aufgebaut, und der Umfang der Projekte und

²⁴ In Großbritannien etwa umfasst die Liste solcher gebrandmarkten Terrororganisationen weltweit 44 Gruppierungen (14 davon in Nordirland). Siehe: <http://security.homeoffice.gov.uk/legislation/current-legislation/terrorism-act-2000/proscribedterrorist-groups?version=1>

Partnerschaften wird reduziert.²⁵ Mit entschlossener Prinzipientreue ist hier kaum noch ein Blumentopf zu gewinnen.

Eine weitere bedeutende Einschränkung ergibt sich aus der jeweiligen nationalen Rechtslage. In Großbritannien zum Beispiel hat die Aufsichtsbehörde für gemeinnützige Organisationen, die Charity Commission, für Verbindungen zu „Terroristen“ (also zu Gruppen auf der Terrorliste der Regierung) die Devise der „Null-Toleranz“ ausgegeben²⁶. Auch damit wird der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft begrenzt. Dies ist allerdings kein neues Problem – in den 1970er Jahren wurde eine Unterstützung für die Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika manchmal als Hilfe für Terroristen gewertet, wie unter anderem einem Artikel der britischen Zeitung „Daily Mail“ mit dem Titel „Blood Money“ (Blutgeld) zu entnehmen ist.²⁷ Dies hat die Zivilgesellschaft jedoch nicht von weiterer Unterstützung abgehalten und braucht es auch jetzt nicht zu tun.

In einer Situation, in der es mehr oder weniger ein Finanzierungsmonopol gibt, besteht allerdings eine wachsende Rechenschaftspflicht gegenüber dem Geldgeber und nicht gegenüber denen, die an der Front arbeiten – mag dies auch noch so oft anders dargestellt werden. Dies führt zu einer Kultur der Vorsicht: Nur über Erfolge wird im Detail berichtet, obwohl es häufig unvermeidliche Rückschläge gibt, aus denen man vielleicht am meisten hätte lernen können. Eine Ausnahme ist in Großbritannien das System der sogenannten Blockfinanzierung. Dabei gibt die Regierung großen gemeinnützigen Organisationen Festbeträge, die ihnen einen beachtlichen Freiraum gewähren und damit auch Berichte über Lernprozesse ermöglichen. Da aber nur große Organisationen von diesem System profitieren können, nützt es den kleineren Gruppen nicht viel – doch gerade sie sind in der Friedensarbeit zurzeit noch am häufigsten vertreten. Dabei leisten sie keineswegs weniger und könnten auch am ehesten etwas mehr Flexibilität gebrauchen.

Die Notwendigkeit von sogenannten Logframes bei Projektanträgen bedeutet darüber hinaus, dass man meistens nicht auf unerwartete Ereignisse reagieren kann, da diese im ursprünglichen Finanzierungsantrag nicht enthalten waren. Logframe-Analysen können sicherlich dazu beitragen, dass Planer und Akteure einen klaren Überblick behalten. Doch die Art und Weise, wie sie bei Projektanträgen eingesetzt werden, führt häufig zu einer Einzelbetrachtung gerade jener Faktoren, die in der Friedensarbeit in ihrer interaktiven Wirkung analysiert werden müssten. Damit aber wird ein nützliches Planungsinstrument in einen Mechanismus verkehrt, unter dem jeder Aspekt isoliert behandelt wird, so dass seine Bedeutung für das Gesamtbild verloren gehen könnte.

Aus all dem folgt, dass das Verhältnis der Zivilgesellschaft zu den jeweiligen Machteliten immer stärker von Abhängigkeit geprägt ist, zumal die Finanzmittel für Friedensstifter ebenso wie für Menschenrechtsaktivisten und Entwicklungshelfer zunehmend von Regierungen oder einflussreichen privaten Geldgebern kommen. Dies dürfte kaum überraschen, doch es verdeutlicht, warum die volle Umsetzung von Werten und Visionen der Friedensbewegung so häufig der Beschaffung von Ressourcen geopfert wird. Echte transformative Ansätze sind bei INGOs wohl nicht zuletzt deshalb die Ausnahme, weil die geldgebenden Regierungen

²⁵ Martin Hearson: „Collateral damage: NGO beneficiaries could be the next casualties of the war on terror“ (Kollateralschäden: Begünstigte von NGOs könnten die nächsten Opfer des Anti-Terror-Kriegs sein). The Networker, BOND, Februar 2008. Siehe: <http://www.bond.org.uk/networker/2008/February/Networker78.pdf>

²⁶ Antwort der Charity Commission auf eine Anfrage des Innenministeriums und des Schatzamtes zu Garantien für den Schutz des gemeinnützigen Sektors in England und Wales vor terroristischem Missbrauch: „The Home Office & HM Treasury’s Review of Safeguards to Protect the Charitable Sector (England and Wales) from „Terrorist Abuse: The Charity Commission’s Response to the Consultation“ (Terroristischer Missbrauch: Die Antwort der Charity Commission zur Anfrage), August 2007. Siehe: <http://www.charitycommission.gov.uk/supportingcharities/terror.asp>

²⁷ Funding Conflict Transformation: Money, Power and Accountability (Mittelvergabe für Konflikttransformation: Geld, Macht und Rechenschaftspflicht). Committee for Conflict Transformation Support Review 25, November 2004. Siehe: http://www.c-r.org/ccts/ccts25/seminar_report.htm

gewöhnlich von Natur aus keine radikalen Veränderungen befürworten. Dies allerdings bedeutet, dass die Friedensstifter einen sehr hohen moralischen Preis für ihre Finanzmittel zahlen.

In der Entwicklungshilfe und vergleichbaren Ressorts gibt es eine Reihe größerer INGOs, die in einem System der Mischfinanzierung sowohl öffentliche Mittel als auch Gelder von Unternehmen und privaten Spendern erhalten. Auch hier haben die Prioritäten der Regierungspolitik zweifellos noch großen Einfluss auf die Ziele, und gleichzeitig müssen diese INGOs ihr öffentliches Image pflegen. Wenn die Öffentlichkeit keine transformativen Ansätze unterstützt, dann unterliegt die Friedensarbeit abermals Beschränkungen. Wie aber könnte Bewusstsein geweckt und die Öffentlichkeit für weitergehende Ziele gewonnen werden? Und wird das von diesen INGOs überhaupt gewünscht?

Die meisten kleineren Gruppen der Friedensbewegung haben indessen einen noch geringeren Zugang zu Finanzquellen, und dies bedeutet in der Regel, dass ihre Arbeit sehr oft von ihrem Verhältnis zu den Geldgebern dominiert und verzerrt wird. Damit besteht die Gefahr, dass ihre Ziele sowohl real als auch in der öffentlichen Wahrnehmung untergraben werden.

Fallstudie 4: Das Centre for Nonviolent Action (Zentrum für gewaltfreie Aktion) auf dem Balkan - Prinzipien und Finanzen

Das Centre for Nonviolent Action (Zentrum für Gewaltfreie Aktion - CNA) ist eine lokale Friedensorganisation, die grenzüberschreitend auf dem gesamten Balkan im Einsatz ist. Sie wurde nach dem Krieg in Bosnien-Herzegowina gegründet und nahm ihre Arbeit 1997 in der Hauptstadt Sarajevo auf. 2001 wurde ein zweites Büro in Belgrad, Serbien, eröffnet.

Die Friedensarbeit des CNA zielt darauf ab, „zum Aufbau fairer und gerechter Gesellschaften beizutragen“. Zu seinen Aktivitäten gehören Trainings in Gewaltfreiheit und Konflikttransformation, Unterstützung für Friedensstifter sowie Öffentlichkeitsarbeit und Filmproduktionen. Bei den Trainings arbeitet die Organisation mit Multiplikatoren zusammen (Lehrer, Journalisten, lokale Aktivisten, Sozialarbeiter, Aktive in der Jugendarbeit und Aktivisten von politischen Parteien, insbesondere in ländlichen Gebieten). Doch auch Gruppen, die gewissermaßen als Störenfriede („Spoilers“) gelten, werden in die Arbeit einbezogen, da sie häufig von entscheidender Bedeutung für die Friedensarbeit sind, etwa die Verbände von Ex-Kombattanten und die Familien von vermissten Personen.

Das CNA räumt offen Spannungen und Interessenkonflikte mit externen Geldgebern ein. Nach seiner Überzeugung sollte jedes Finanzierungsverhältnis von den Werten, der Integrität und der Unabhängigkeit der Organisation bestimmt sein. Demnach sollten sich zivilgesellschaftliche Organisationen immer über das Ausmaß der Kompromisse, die eine bestimmte Mittelvergabe nach sich ziehen könnte, im Klaren sein – und ebenso über ihre eigenen Kapazitäten, einen Geldgeber (oder eine Regierung) zu kritisieren und herauszufordern. Wird dies versäumt, dann wird die gesamte Friedensarbeit unweigerlich in Frage gestellt. Nach diesem Prinzip hat das CNA öffentlich verkündet, dass es kein Geld von der US-Regierung annehmen wird, da es mit deren Politik nicht übereinstimmt.

Solche Entscheidungen machen es dem CNA allerdings zunehmend schwerer, die Haupthindernisse für seine Arbeit zu überwinden. Wie die Organisation einräumt, „besteht das größte Problem darin, vor Ort Energien für den Frieden zu mobilisieren, diese in konstruktive Aktionen und Verhaltensweisen umzumünzen und dies auch überall wahrnehmbar zu machen“. Es bleibt eine permanente Herausforderung, die Energie und das Engagement der eigenen Mitarbeiter und des erweiterten Netzwerks aufrechtzuerhalten: Menschen sind ausgebrannt, verlieren ihre Motivation und sind frustriert infolge mangelnder Unterstützung in ihrem persönlichen und professionellen Umfeld. Dies gilt selbst dann, wenn genügend Interesse an den Ideen besteht. Und die Unsicherheit der Finanzierung verschärft dieses Problem zwangsläufig noch weiter.

Nenad Vukosavljevic: „Training for Peacebuilding and Conflict Transformation. Experiences of the ‚Centre for Nonviolent Action‘ in the Western Balkans“ (Training für Friedensarbeit und Konflikttransformation. Erfahrungen des „Centre for Nonviolent Action“ auf dem westlichen Balkan). Berghof Handbook for Conflict Transformation, 2007.

Siehe: http://www.berghof-handbook.net/uploads/download/vukosavljevic_handbook.pdf

3.3 Die wohl gehütete Autonomie: Rivalitäten der Organisationen behindern gemeinsame Strategien

Der dritte entscheidende Faktor, der die Friedensbewegung offensichtlich daran hindert, ihr volles Potenzial zu erreichen, ist ein Mangel an Kooperation, sowohl auf horizontaler als auch auf vertikaler Ebene. Friedensstifter propagieren stets die Bedeutung der Zusammenarbeit und die Tugend der Kooperation zur Lösung von Problemen – zumindest lehren sie dies in ihren Workshops. Doch die Realität sieht oft völlig anders aus.

Zu Beginn dieses offenen Briefes haben wir dargelegt, dass die Schlüsselfragen von Gewalt und Krieg, wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und Armut, Verweigerung von Rechten und Möglichkeiten der Teilhabe sowie Umweltzerstörung zwar alle für sich analysiert werden können. Wie sie sich in der heutigen Welt manifestieren, wird jedoch von einem Gesamtzusammenhang bestimmt. Es handelt sich eben nicht um separate Problemkreise, die alle ihre jeweils eigenen Aktionsgruppen und Interventionsansätze benötigen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie sind alle unauflöslich miteinander verflochten. Die unbändige Gewalt in vielen Regionen der Welt ist eindeutig auf eine Mischung der obigen Faktoren zurückzuführen, sei es im Sudan (Darfur), Israel/Palästina, Birma, Kolumbien oder anderswo. Wenn Umweltfragen oder der Bereich der Friedenskonsolidierung separat angegangen werden, dann besteht die Gefahr, dass die Aktivitäten bestenfalls nichts nutzen, schlimmstenfalls alles noch verschlechtern. Und dennoch bestehen viele Institutionen einschließlich der zivilgesellschaftlichen Gruppen weiterhin darauf, jeden Bereich einzeln zu behandeln.

Das soll nicht heißen, dass es nicht auch bedeutende Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen gibt.²⁸ Diese drehen sich jedoch meistens nur um einen ganz konkreten Arbeitsbereich, in dem gewöhnlich auch die gemeinsame Finanzierung eine Rolle spielt – was schon an sich große Einschränkungen mit sich bringt, wie weiter oben erläutert wurde. Themenübergreifende Koalitionen von INGOs, die sich ernsthaft mit der Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Strategien befassen, sind indessen immer noch die Ausnahme. Tiefergehende Zusammenarbeit fehlt sowohl auf globaler als auch auf Länderebene.

Es gibt kein anerkanntes globales Forum, weder real noch virtuell, wo sich Organisationen treffen und gegenseitig austauschen könnten zu allen Aspekten der Friedensarbeit und Konflikttransformation. Als Konsequenz werden aus Meinungsverschiedenheiten Bekundungen einer sturen Loyalität gegenüber bestimmten Institutionen und Personen, und mögliche Synergien kommen nicht zum Tragen. Dies mag auch einer der Gründe dafür sein, dass international akzeptierte Vereinbarungen zu Standards und Verhaltensweisen in der Friedensarbeit erst noch entwickelt werden müssen und vielfach noch Stückwerkqualität die Regel ist.

Auf Länderebene kommt es häufig vor, dass lokale und internationale Friedensgruppen sowie Regierungen an einem bestimmten Lösungsansatz für einen „heißen“ Konflikt zusammenarbeiten. Sie kümmern sich aber nicht um die Frage, wer vielleicht sonst noch auf diesem Gebiet aktiv ist, geschweige denn um eine Koordination all dieser Aktivitäten. Dies kann zu schädlichen Überschneidungen führen, was von einigen Protagonisten dann zu ihrem persönlichen Vorteil ausgenutzt werden kann. Die Autoren dieses Briefes haben das zum Teil bei den Friedensverhandlungen im Norden Ugandas erfahren. Dort waren mindestens acht verschiedene Organisationen mit Mediation befasst, ohne dass die meisten voneinander wussten. In solchen Fällen bestehen vielleicht die besten Absichten, doch werden sie letztlich nicht bis zum Ende fortgeführt, weil der Druck der Ereignisse sowie organisatorische Schwierigkeiten dies verhindern.

²⁸ Einige Beispiele für kooperative Initiativen ebenso wie für mangelnde Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abrüstung sind nachzulesen bei: David Atwood: „NGOs and Multilateral Disarmament Diplomacy: Limits and Possibilities“ (NGOs und multilaterale Abrüstungsdiplomatie: Grenzen und Möglichkeiten). In: J. Borrie und V. Martin Randin (Hrsg): „Thinking Outside the Box in Multilateral Disarmament and Arms Control Negotiations“ (Unkonventionelles Denken für Verhandlungen über multilaterale Abrüstung und Waffenkontrolle), UNIDIR, 2006. Siehe: <http://www.unidir.org/pdf/articles/pdf-art2580.pdf>

Ein ähnlicher Mangel an Kooperation kann auch in Gegenden beobachtet werden, in denen ein permanenter Konflikt von niedriger Intensität vorliegt. Dort passiert es häufig, dass sowohl lokale als auch internationale Organisationen mit verschiedenen Schwerpunkten sich gar nicht erst die Zeit nehmen zu überprüfen, wer was tut und wie ihre jeweiligen Aktivitäten kumulativ dazu beitragen könnten, potenzielle Gewalt in Schranken zu halten. Eine besonders große Kluft klafft hier zwischen Friedens- und Umweltgruppen. Beide haben offenbar noch nicht erkannt, wie stark ihre jeweilige Arbeit miteinander verflochten ist.

Diese enge Sichtweise ist oft noch verknüpft mit einer Betrachtung des Friedens aus dem Blickwinkel eines „Projekts“ heraus. Hier wird schlicht davon ausgegangen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Projekterfolg und der Förderung einer weitergehenden Vision von Frieden und Wohlstand in der betroffenen Region. Viele Organisationen lassen indes eine klare Theorie des Wandels vermissen – also ein Verständnis der Art und Weise, wie ihre Arbeit zu einem umfassenderen Wandel beitragen könnte. Und wenn sie doch eine visionäre Theorie haben, dann wurde diese nur selten von den betroffenen Menschen vor Ort entwickelt.

Selbst wenn mehrere INGOs ihre Basis im selben Land oder gar in derselben Region haben und sich also leicht kontaktieren könnten, finden sie oft nicht die Zeit für gemeinsame Lernprozesse und eine permanente und systematische Bündelung ihrer Kräfte. Dies ändert sich zwar langsam – insbesondere wenn es darum geht, die Politik von Regierungen zu beeinflussen. Aber es besteht weiterhin eine Kultur der Heimlichkeit und Vertuschung, wenn bei der Arbeit Probleme auftreten, was den Lernprozess erheblich einschränkt.

Ohne mehr Koordination besteht die Gefahr, dass die Friedensarbeit sich nicht über isolierte Projekte hinaus entwickeln kann, mögen diese für sich genommen auch noch so erfolgreich sein. Damit bleibt eine Wirkung auf das Gesamtsystem letztlich aus.

Fallstudie 5: African Centre for the Constructive Resolution of Disputes – wo sind die Zusammenhänge?

Das African Centre for the Constructive Resolution of Disputes (Afrikanisches Zentrum für die konstruktive Lösung von Streitigkeiten - ACCORD) ist eine südafrikanische Organisation, die im Jahre 1991 gegründet wurde. Sie arbeitet in ganz Afrika, „um kreative afrikanische Lösungen für die Herausforderungen anzubieten, mit denen die Menschen aufgrund der Konflikte auf dem Kontinent konfrontiert sind“. Die Aktivitäten umfassen Trainings zu einem weiten Themenspektrum von interpersoneller Konfliktlösung bis hin zu internationalen Friedenseinsätzen. Ferner befasst sich die Organisation mit Zielsetzungen und Kampagnen, Austausch und Dialog sowie Forschung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie produziert eine Vielfalt von Publikationen, die im Internet verfügbar sind – von der Vierteljahresschrift „Conflict Trends Magazine“ (Trends in der Entwicklung von Konflikten) über das halbjährliche Wissenschaftsblatt „African Journal of Conflict Resolution“ (Afrikanische Zeitschrift für Konfliktlösung) bis hin zu einer Serie von sporadischen Schriften und Büchern zur Friedensarbeit im afrikanischen Kontext.

Auf der Web-Site von ACCORD findet man eine eindrucksvolle Übersicht über innovative Aktivitäten, die im Rahmen der eigenen Projekte oder auf Einladung von anderen zur Anwendung kamen. Schwieriger ist dabei allerdings zu erkennen, warum und wie diese Projekte zustande kamen und Prioritätsstatus erhielten, wie die verschiedenen Aktivitäten miteinander verbunden waren und koordiniert wurden, worin der Inhalt bestand und welche Wirkung sie letztlich erzielten.

Das ACCORD-Programm „Training for Peace in Africa“ (Training für den Frieden in Afrika) enthält zum Beispiel Workshops zu zivilen Friedenseinsätzen und zur Ausbildung von Friedensfachkräften sowie Erläuterungen zu Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und der Entwicklung von Grundsätzen und Richtlinien. Mit diesem sowie mit vergleichbaren früheren Programmen hat ACCORD rund 12.000 Menschen in ganz Afrika erfasst – Beamte, Geschäftsleute, Soldaten, Polizisten und Akteure der Zivilgesellschaft. Unklar bleibt jedoch, wie dieses Trainingsprogramm von den anderen Aktivitäten der Organisation profitiert beziehungsweise diese weiterentwickelt hat. Und schließlich bleibt die Frage offen, welchem Einfluss diese Arbeit auf die Gesamtsituation ausgeübt hat. Zweifellos handelt es sich hier um eine hervorragende Organisation, doch wie auch den meisten anderen Gruppen muss es ihr erst noch gelingen, die notwendigen Zusammenhänge aufzuzeigen und die Theorie des Wandels, auf der ihre Arbeit basiert, öffentlich klarzustellen.

Quelle: www.accord.org.za

3.4. Die Tiefe der nötigen Expertise: Mangel an einfallreicher Ausbildung von kompetentem Fachpersonal

Ein weiterer Faktor, der die Weiterentwicklung der Friedensarbeit nach Ansicht der Autoren dieses Briefes behindert, ist ein notorischer Mangel an erfahrenen Fachkräften (im Gegensatz etwa zur Entwicklungshilfe). Dies gilt sowohl für die Insider eines Konflikts als auch für

Outsider. Fachkräfte mit spezifischer Expertise sind jedoch notwendig, um kreativ und erfolgreich auf komplexe Konflikte reagieren zu können. Der Mangel an solchen Personen in ausreichender Anzahl macht es nach unserer Erfahrung oft unmöglich, echte transformative Arbeit zu leisten. Natürlich treten in Krisensituation immer wieder Führungspersönlichkeiten mit Mut und Engagement hervor, diese erhalten jedoch oft nicht die notwendige Unterstützung und werden schon bald übergegangen.

Dies mag seltsam klingen, wenn man bedenkt, dass es in den vergangenen 20 Jahren eine enorme Expansion sowohl der Trainingsprogramme von NGOs als auch der akademischen Studiengänge zum Thema Frieden und verwandten Bereichen gegeben hat. NGOs bieten eine Vielzahl von Seminaren zur Grundausbildung in Konfliktbearbeitungsmethoden an. Diese dauern von zwei oder drei Tagen bis zu mehreren Wochen. Ihre Qualität variiert natürlich, doch die guten Kurse vermitteln eine Vielfalt an erprobten praktischen Methoden auf der Basis der derzeit besten Programme der Erwachsenenbildung. Damit werden die Teilnehmer an die Grundelemente der Friedensarbeit herangeführt und erhalten zugleich die Chance, ihre eigene Erfahrung einzubringen und von der Expertise anderer zu lernen.

Wenn wir jedoch bedenken, welche Fähigkeiten Menschen, die sich mit unbändigen Konflikten in vielen Teilen der Welt befassen, wirklich brauchen, sowohl Insider als auch Outsider und auf allen Ebenen, dann wird schnell klar, dass zum *Aufbau* von Frieden und zur *Ermöglichung* eines Wandels eine ganz besondere Expertise erforderlich ist. Diese aber wird in den gegenwärtigen Seminaren kaum vermittelt. Die meisten dieser Kurse verharren unweigerlich an der Oberfläche und erzielen kaum eine tiefer gehende Wirkung. Oft finden sie in Kombination mit anderen Einführungskursen statt und mit einem sehr intensiven Unterrichtsprogramm, ohne jedoch in die Strategien und Arbeitspläne der betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen integriert zu sein. Da sich deren Geldgeber allerdings immer stärker zurückziehen, ist es nicht verwunderlich, dass die Finanzierung von Trainings für den Frieden immer schwieriger wird.

Wenn Interessenten ihr Wissen indes über die einschlägigen Grundkurse hinaus vertiefen und sich stärker spezialisieren wollen, dann gibt es nur wenige Optionen. Mitunter glaubt man wohl, mit Trainings für Trainer diese Lücke auszufüllen, aber auch solche Kurse bleiben in der Regel auf der Einführungsstufe stehen. Der einzige Ausweg scheint also in Studiengängen an Universitäten zum Thema Friedens- und Konfliktforschung und vergleichbaren Disziplinen zu liegen. Diese Seminare sind zweifellos von großem Wert für Personen, die ein fundiertes theoretisches Wissen über das gesamte Feld von Frieden und Konflikten erwerben wollen. Sie haben den gesamten Friedenssektor auch entscheidend bereichert, doch sind sie nicht unbedingt geeignet für die Akteure vor Ort, für die das *Wie* genau so wichtig ist wie das *Was*. Friedensstifter brauchen eine Ausbildung, die mehr auf Erfahrung, Partizipation und praktischen Ansätzen basiert und eine höhere Ebene der Komplexität erfasst. Diese wiederum muss die Theorien in all ihren Dimensionen berücksichtigen, sie aber ständig an der Realität messen, der die Menschen vor Ort ausgesetzt sind.

Universitäre Studiengänge enthalten durchaus ein breites Spektrum von Ideen und Theorien einschließlich der radikalsten Varianten. Die Didaktik ist jedoch immer noch recht konservativ und macht kaum Gebrauch von den neuesten Erkenntnissen, wie Erwachsene am besten lernen. Insbesondere ist das Lernen nur selten auf die Praxis ausgerichtet. Die Aufgabe des Studierenden, zumindest bis zum ersten Examen, besteht gewöhnlich darin, sich das Fachwissen

zu erarbeiten und anzueignen, das die jeweilige Hochschule als wichtig erachtet, und es dann so zu präsentieren, dass die Prüfer es beurteilen können. Kreativität und die Entwicklung eigener Theorien seitens der Studenten gilt an den meisten Universitäten

indessen nicht als angemessene oder machbare Seminaufgabe. Von einigen Ausnahmen abgesehen, werden auch nur selten Möglichkeiten eines gesellschaftlichen Wandels erörtert und wie man diesen herbeiführen könnte. Wenn dieser Aspekt dennoch zur Sprache kommt, dann gewöhnlich nur auf einer sehr abstrakten Ebene, ohne die Arbeit und Erfahrung der Studenten mit einzubeziehen.

All dies stellt aktive Friedensstifter vor ein Dilemma. Wenn sie sich dazu entschließen, ein Studium aufzunehmen (weil es halt keine Alternativen gab und weil sie vielleicht ein Stipendium erhalten haben), dann merken sie schnell, dass auf ihre Bedürfnisse nicht eingegangen wird und ihre Ziele mitunter sogar untergraben werden. Wenn sie dann von so einem abgehobenen Studiengang an die „Front“ zurückkehren, gelingt es ihnen mitunter nicht mehr, alte Beziehungen wiederzubeleben und dasselbe Vertrauen zu genießen wie früher, so dass sie schließlich auf einem Verwaltungsposten oder in der Forschung landen. Dadurch entgeht ihren Organisationen ein wichtiges Führungspotenzial. Zugleich vertieft sich die Kluft zwischen Theoretikern und Praktikern nach der Devise, dass die einzig wahren Friedensforscher an Universitäten angesiedelt sind – allerdings weitab von den Konflikten, über die sie schreiben und ihre Theorien erstellen. Die Pioniere vor Ort betreiben derweil ebenfalls Forschung, um die Transformation von Gewalt in all ihren Facetten besser angehen zu können, doch diese Ergebnisse werden von der Wissenschaft weitgehend ignoriert.

Dies ist ein großes Problem für die Gemeinschaft der Friedensarbeiter. Die Zivilgesellschaft muss unbedingt eine qualitative sekundäre Aus- und Weiterbildung bereitstellen. Dies sollte in kreativer Partnerschaft mit Universitäten und anderen Bildungsinstituten erfolgen, die bereit sind, neue Methoden auszuprobieren und ihren Studenten eine praktische Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Fragen zu ermöglichen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege wäre die Einführung von Lernmethoden, die praktische Forschung und Selbstreflexion mit den Anforderungen akademischer Exzellenz verbinden.

3.5 Auf die Lücken achten?

Die Summe der vier in diesem Kapitel behandelten Faktoren ist unweigerlich ein Hindernis für einen wirklichen Wandel, sowohl in den politischen Grundsätzen als auch in der praktischen Arbeit. Selbst wenn die Wertvorstellungen unserer Bewegung einen transformativen Ansatz erfordern, fallen wir immer wieder auf technische Ansätze zurück. Das Ergebnis ist dementsprechend ein Mangel an transformativer Arbeit – einer Arbeit, die über die Gegebenheiten an der Oberfläche hinausgehen und versuchen würde, die zugrunde liegenden Probleme zu verändern, die eine Gewaltsituation überhaupt erst ausgelöst haben. Und dies müsste auf den wichtigen Entscheidungsebenen einschließlich der Regierungsebene passieren. Das folgende Schaubild zeigt, wo die „technischen“ Ansätze gewöhnlich dominieren und wo transformative Arbeit am meisten fehlt.

Schaubild 2. Zivilgesellschaft und transformative Friedensarbeit: Lücken und Optionen

höchste Ebene der Gesellschaft:

----- Was passiert hier oder ----- Was passiert hier oder
internationale Kampagnen was könnte passieren? was könnte passieren?

mittlere Ebene der Gesellschaft:

----- *INGO* ----- Was passiert hier oder
Friedensarbeit was könnte passieren?

Graswurzel-Ebene:

*Graswurzel-Arbeit für
den Frieden*

Technische _____ **Reform** _____ **Transformative**
Friedensarbeit **Friedensarbeit**

(Die gegenwärtige Friedensarbeit der Zivilgesellschaft liegt unter der Diagonale von oben links nach unten rechts.)

Wenn INGOs ihre Arbeit innerhalb einer Gesellschaft „nach oben“ ausweiten wollen, tendieren sie dazu, weniger radikal und stärker konventionell zu werden. Dies mag an einem vorausseilenden Gehorsam gegenüber Machthabern liegen oder an der Vorstellung, dass man sich nur mit einer solchen Taktik Gehör verschaffen kann.

Wenn wir aber darin übereinstimmen, dass für einen nachhaltigen Frieden ein paar radikale Veränderungen im gegenwärtigen Weltgefüge notwendig sind und dass dies in unsere Arbeit und Visionen einfließen muss, dann müssen wir uns mit dem offensichtlichen Mangel an bedeutenden Interventionen befassen, um einen weitergehenden Wandel zu erzielen. Und dieser Mangel herrscht vor allem auf der mittleren und oberen gesellschaftlichen Ebene. Wenn er nicht überwunden wird, dann mögen Friedensstifter für ihren Umgang mit der höheren Staatsebene zwar politische Ziele erarbeiten, aber sie werden kaum in der Lage sein, diese umzusetzen.

Um zusammenzufassen: Die Schlussfolgerungen sind wenig erfreulich. INGOs erscheinen denkbar schwach und wirkungslos als Friedensstifter und sind inadäquate Partner für ihre Kollegen vor Ort, die gewaltsamer Unterdrückung und anhaltenden Konflikten oft unmittelbar ausgesetzt sind. Angesichts einer inakzeptablen ungerechten Weltordnung könnte sich ihr Banner eines „nachhaltigen Friedens“ letztlich als Illusion erweisen. Und die Akteure „an der Front“ könnten ihnen sogar Betrug vorwerfen.

Warum muss das so sein, wo es doch in der Friedensbewegung so viele hoch motivierte und engagierte Menschen gibt? Wahrscheinlich liegt es daran, dass viele die hier aufgeführten Widersprüche zwar erkennen, aus pragmatischen Gründen aber nichts dagegen tun.

Kapitel Vier: Eine Agenda für transformativen Friedenaufbau?

Dieser offene Brief begann mit einer kurzen Darstellung der aktuellen globalen Krise und der Chance, die diese für den Friedenaufbau und die Konflikttransformation bietet. Es folgte eine Übersicht über die Fortschritte, die in den vergangenen 20 Jahren erzielt wurden auf den unterschiedlichen Ebenen, auf denen Menschen nach kooperativeren und weniger gewaltsamen Lösungen gesucht haben.

Aber es liegt noch ein weiter Weg vor uns, um das gesamte Potenzial dieses Feldes auszuschöpfen - von der Graswurzel-Ebene bis hinauf zur „hohen Politik“. Das vorige Kapitel konzentrierte sich auf die Rolle des Friedenaufbaus seitens der Zivilgesellschaft. Es identifizierte einige der wesentlichsten Hindernisse für Friedensstifter, wenn diese nach glaubwürdigen Alternativen zu den destruktiven Methoden suchen, mit denen komplizierte nationale und internationale Konflikte gewöhnlich angegangen werden. Ziel dabei ist es, die Expertise und die notwendige Gründlichkeit für die erforderlichen grundlegenden Veränderungen zu entwickeln.

Diese Veränderungen werden freilich in jedem Falle weiterer Forschung bedürfen, verbunden mit einer klareren Präzisierung der sich herauskristallisierenden Alternativen, mit einer effektiven Einbeziehung der breiteren Öffentlichkeit und mit zielgerichteter Lobby-Arbeit, besonders wohl in politischen und wirtschaftlichen Kreisen. Solche Ideen müssen zudem rund um die Welt unterstützt und gefördert werden von Menschen, die in der Lage sind, die Einführung einer programmatischen Neuorientierung zu verkörpern, zu vertreten, zu leiten und inhaltlich umzusetzen. Eindrucksvolle Ideen ohne praktischen Hintergrund laufen Gefahr, auf unfaire Weise diskreditiert zu werden.

Irgendwie muss ein Wendepunkt erreicht werden, damit dieser Prozess beginnen kann. Es gibt überwältigende Anzeichen, was geleistet werden könnte, wenn es den Friedensaktivisten gelänge, ihre Vorstellungskraft und ihre eigene Stärke zu mobilisieren und ihre natürlichen Verbündeten mit einzubeziehen. Wir empfehlen, zwei Fragestellungen gleichzeitig zu überprüfen: Was können wir tun und was können wir sagen? Dieses Kapitel versucht, einige Antworten zu skizzieren, und lädt den Leser zum Mitdenken ein.

4.1 Was können wir tun? – eine Agenda

4.1.1 Rechenschaftspflicht

Zur Überwindung interner Differenzen besteht die Notwendigkeit, die uns verbundenen Gesellschaftsgruppen und ihr Wohlergehen ins Zentrum unserer Prioritäten zu rücken. Wie aber kann damit sichergestellt werden, dass eine inspirierende und dennoch praktikable Vision entsteht?

Bei näherer Analyse der Frage, wem INGOs in der Realität rechenschaftspflichtig sind, stellt man fest, dass es eher Geldgeber und Regierungen sind als die Menschen und gesellschaftlichen Gruppen, mit denen und für die sie arbeiten. Projektvorschläge werden wegen bekannter materieller Restriktionen zumeist mit minimaler Rückkoppelung zwischen INGOs und den lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft erarbeitet; stattdessen gibt es

eine Fülle von Diskussionen zwischen einer INGO und einem Geldgeber, ob nun öffentlich oder privat, was schließlich in einen Projektplan mündet. Ein solches Vorgehen ist schwer vereinbar mit dem Bekenntnis zu einem umfassenden Frieden sowie zu Gerechtigkeit und Wohlergehen von Individuen und ihren Gemeinschaften. Inwieweit würde sich die gängige Praxis wohl ändern, wenn die eben genannten Werte zu unumstößlichen zentralen Prioritäten erhoben

würden? Was würde beispielsweise passieren, wenn INGOs ihre lokalen Partner ermutigten, ihre eigene Agenda aufzustellen und zu verfolgen, und sie dabei je nach Bedarf unterstützen würden? In der Realität ist häufig genau das Gegenteil der Fall.

Zusätzlich zu dieser „vertikalen“ Rechenschaftspflicht sollten sich Friedensaktivisten viel bereitwilliger auch als horizontales Bindeglied auf einer zeitlichen Ebene verstehen:

- *zur Vergangenheit* – sowohl denen gegenüber, die für Frieden und Gerechtigkeit gekämpft haben, oft unter Einsatz ihres Lebens, als auch denen gegenüber, die die theoretischen und praktischen Grundlagen gelegt haben für das Feld und das Konzept des Friedens überhaupt
- *zur Zukunft* – denen gegenüber, die auf dem Erreichten aufbauen wollen, hoffentlich mit wachsendem Erfolg.

4.1.2 Globale Anliegen

Zur Überwindung der offensichtlichen Beschränktheit unserer Visionen ist es notwendig, die Bemühungen um einen Friedensaufbau mit der Abwehr anderer Bedrohungen für das Überleben und die Sicherheit zu verbinden. Was bedeutet das für unsere Vision von einem nachhaltigen Frieden?

Mainstream-Politik auf globaler wie auf nationaler Ebene drängt menschliche Werte an den Rand. Politischen Prozessen scheint es oft nicht nur an Integrität zu mangeln, sondern auch an jeglichem Sinn für Dringlichkeit angesichts einer sich bereits abzeichnenden globalen Krise. Eine solche Politik macht Konflikttransformation, wenn sie überhaupt stattfindet, zu einem mühsamen Kampf, wie stark oder schwach auch immer das Feld des Friedensaufbaus selbst sein mag. Die schlimmsten Auswirkungen abzumildern, kann aber nicht länger ein adäquates Ziel sein.

Gleichzeitig kann Frieden, wie wir gesehen haben, nicht von wirtschaftlicher Gerechtigkeit oder Umweltfragen, Menschenrechten und der Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Leben abgespalten werden. Um einen transformativen und nicht nur technischen Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, muss sich auf allen Ebenen eine neue Art der Politik entwickeln, die sich auf die Werte Respekt, Fürsorge und Kooperation gründet.²⁹ Sie muss zugleich die gegenwärtigen Ungleichgewichte der Machtverteilung bekämpfen, die unsere Gesellschaften verzerren und spalten - einschließlich der Disparitäten, die an Besitz, Geschlecht und Rasse geknüpft sind.

Eine der Implikationen für die Herbeiführung eines solchen Wandels ist die Notwendigkeit, bei jeder Konfliktanalyse auch der Ökonomie eine entscheidende Rolle zuzuweisen. Wenn so vieles im Weltgeschehen vom globalen Markt und den ihn dominierenden Wirtschaftsunternehmen gesteuert wird, dann müssen diese einen eindeutig größeren Stellenwert einnehmen in unserem Verständnis der bestehenden Verhältnisse und unseren Ansätzen für einen Wandel. Dazu mag es eines größeren politischen Willens bedürfen, die Mechanismen des marktwirtschaftlichen Kapitalismus in Frage zu stellen - und zwar weit stärker, als nur eine soziale Verantwortung von Großunternehmen einzufordern. Dies ist umso notwendiger, wenn es unmittelbar die Gemeinschaften betrifft, mit denen und für die wir für Frieden kämpfen. Es mag auch die Bereitschaft erfordern, Allianzen einzugehen mit all denen, die soziale oder politische Alternativen entwickeln, ob in Volksbewegungen oder eher in lokalen Initiativen und Strukturen.

²⁹ Diana Francis: „A project to transform policy, starting in the UK“ (Ein Projekt zur politischen und programmatischen Transformation mit Ausgangspunkt in Großbritannien), CCTS Review 35, November 2007, S. 7. Siehe: <http://www.c-r.org/ccts/ccts35/review35.pdf>

Auf nationaler und internationaler Ebene bedeutet dies jedenfalls, dass INGOs der Friedensbewegung in einen ernsthaften Dialog eintreten müssen mit Gruppen, die an vergleichbaren Themen arbeiten. Dabei werden sie notwendigerweise überdenken und neu definieren müssen, was sie unter einem positiven / stärkeren / nachhaltigen Frieden verstehen. Und sie werden ihr Potenzial zur Gestaltung der Zukunft ernst nehmen müssen.

Die Ersteller geostrategischer Prognosen für die britische Regierung haben kürzlich einen Ausblick auf die strategischen Trends der kommenden 30 Jahre vorgelegt. Darin ist die Rede von einer globalen Zukunft voller Gefahren und Risiken aufgrund der Entwicklung von Bevölkerung und Ressourcen, Identitäten und Interessen, Regierungsführung und Ordnung, Wissen und Innovation.³⁰ Die daraus resultierenden Empfehlungen entsprechen weitgehend dem Prinzip „als erster ankommen“: Wenn es „uns“ nur gelingt, vor allen anderen am Ball zu bleiben, dann werden „wir“ unsere Sicherheit bewahren. Eine solche Denkweise wird aber unweigerlich dazu führen, dass die Bürgerrechte im Interesse der nationalen Sicherheit eingeschränkt werden. Damit werden genau die Gefahren verschärft, denen vorgebeugt werden soll.

Der Mangel an phantasievoller, zukunftsorientierter Politik, der auf Regierungsebene an vielen Stellen anzutreffen ist, hat letztlich eine selbstzerstörerische Wirkung. Wenn wir unsere Sicherheit nur davon abhängig machen, dass wir dasselbe Spiel besser beherrschen als der „Feind“ - beschleunigen wir damit nicht einfach ein tödliches Spiel bis zu dem Punkt, dass wir uns alle gegenseitig zerstören?

Die Herausforderung liegt auf der Hand: Wie können Friedensaktivisten diesem Zukunftspessimismus widerstehen und auf die Notwendigkeit reagieren, einen besseren Weg für den Umgang mit den Unterschieden und Meinungsverschiedenheiten zu finden, die in der Politik ebenso wie in anderen Lebensbereichen offensichtlich sind? Könnte es zum Beispiel eine gemeinsame Initiative geben, eine formelle Antwort auf die britische Trendstudie zu erarbeiten und zu veröffentlichen?

Fallstudie 6: Aufgreifen von sich abzeichnenden wichtigen Themen – International Alert und International Crisis Group

Organisationen des Friedenaufbaus haben in der Tat damit begonnen, sich mit den neu aufkommenden globalen Themen auseinanderzusetzen. Zum Beispiel als Antwort auf die Bedrohung infolge des Klimawandels hat die International Crisis Group (Internationale Krisengruppe) eine Datenbank von Quellen zu Klimawandel und Konflikt zusammengestellt. International Alert (Internationaler Alarm) hat einen Bericht veröffentlicht zum Zusammenhang zwischen Klimawandel, Frieden und Krieg. Dies sind im Moment nur erste Schritte, auf denen aber aufgebaut werden kann und sollte.

Diese beiden Organisationen haben ferner versucht, die Rolle des Energiewettbewerbs sowie multinationaler Wirtschaftsunternehmen in Konflikten zu erforschen. Beispielsweise hat International Alert zur Entwicklung von „Freiwilligen Prinzipien für Sicherheit und Menschenrechte“ beigetragen. Dabei handelt es sich um eine Reihe von Handlungsanleitungen für Unternehmen mit dem Ziel, „Sicherheitsbedürfnisse mit der Respektierung von Menschenrechten und Grundfreiheiten in Einklang zu bringen“. Erfasst werden die drei Bereiche Risikoanalyse, öffentliche Sicherheit und individuelle Sicherheit. Solche Studien gehen in der Regel aber nicht so weit, die Risiken auch in Verbindung mit dem Klimawandel und mit Wirtschaftsaktivitäten in einem unsicheren Umfeld zu erfassen und abzumildern. Auch müssen sie noch die systemischen Verbindungen zwischen diesen Faktoren sowie deren Bedeutung für globale Konflikte angehen.

Quellen: www.crisisgroup.org, www.international-alert.org, www.voluntaryprinciples.org

³⁰ The DCDC Global Strategic Trends Programme 2007-2036. Siehe: <http://www.dcdc-strategictrends.org.uk/>

4.1.3 Stärkung der Bewegung

Zur Überwindung von unterwürfigem Verhalten gegenüber Machthabern müssen Wege gefunden werden, unsere eigene Stärke zu konsolidieren, besonders in den Beziehungen zu unseren jeweiligen Regierungen und Kräften der Wirtschaft. Aber was können wir zusätzlich tun, um unsere Partner vor Ort zu stärken und diejenigen zu entmachten, die Gewalt in all ihren Formen stützen und fördern?

Es ist unmöglich, einen grundlegenden Wandel ernsthaft anzustreben und sich dennoch aus der Politik herauszuhalten. Das erscheint oft selbstverständlich auf der lokalen Ebene. Warum aber gibt es unter den INGOs so viel Widerwillen zu akzeptieren, dass für einen umfassenden Frieden jegliche Transformation von Gewalt in praktische Politik umgesetzt werden muss? Wann werden sie endlich Macht und Politik ernst nehmen, besonders in ihren Heimatländern? Wenn sie dies nicht tun, werden ihre Programme hauptsächlich technischer und nicht transformativer Natur sein im Hinblick auf die Kriterien, die wir in diesem offenen Brief aufgestellt haben. Damit aber bleibt die Arbeit dieser INGOs letztlich irrelevant für einen wirklichen Wandel.

Die Notwendigkeit, gesellschaftliche Gruppen vor Ort zu stärken, ist auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik schon lange als Kernstück der Analyse und der praktischen Arbeit erkannt worden. Friedensorganisationen haben zwar dieselbe Rhetorik übernommen, unterlassen es aber häufig, dies auf lokaler Ebene auch praktisch umzusetzen. In einer Welt, die von riesigen Machtdisparitäten charakterisiert wird, müssen sich wandelnde Machtverhältnisse unbedingt in den Mittelpunkt der Friedensarbeit rücken - auf der lokalen ebenso wie auf der globalen Ebene und unter Einbeziehung sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Strukturen.

Vielleicht weist dies ja auf die Notwendigkeit hin, neue und unterschiedliche Formen der Machtausübung zu entwickeln - mehr kooperierend und beratend, aber auch hoch politisch und beharrlich, basierend auf einer komplexen Analyse der wichtigsten globalen Belange. Könnte dies zu einer größeren Bereitschaft führen, Bewegungen des zivilen Widerstands zu unterstützen - deren Erfolge bei der Mobilisierung für einen politischen Wandel zumeist deutlich größer sind als die von zivilgesellschaftlichen Friedensgruppen? Könnte es ein neuerliches Interesse an und ein Bekenntnis zu aktiver Gewaltfreiheit geben?

Es gibt enorme Chancen, diese Dimension der Friedensarbeit auszuweiten – einschließlich einer intensiven Zusammenarbeit mit benachteiligten Gruppen und solchen, die mit Zivilcourage Widerstand leisten gegen Unterdrückung, die Rechte von gewaltlosen Widerstandskämpfern verteidigen und eintreten für eine faire und korrekte Medienberichterstattung über gewaltfreie Initiativen und Bewegungen. Im größeren Rahmen betrachtet, besteht ein hohes Potenzial, einen intensiven Diskurs über gewaltfreien Kampf zu entwickeln und diesen durch Bildungsmaßnahmen und breitere Informationskampagnen öffentlich zu publizieren.³¹

Die Frage einer angemessenen Stärkung der Friedensbewegung ist natürlich in hohem Maße von der Finanzierung abhängig. Man muss zwangsläufig eingestehen, dass die Ausweitung der Friedensarbeit in den vergangenen Jahren fast ausschließlich der Großzügigkeit von westlichen Regierungen zu verdanken war. Doch ebenso klar muss man sich die Frage stellen, wessen Interessen bis heute damit bedient werden. Es gibt und gab immer eine Kluft zwischen dem, was Regierungen als Frieden bezeichnen (nämlich in vielen Fällen als Synonym für Stabilität) und was Graswurzel-Gemeinschaften wollen und brauchen (soziale Gerechtigkeit,

³¹ Ähnliche Ideen werden entwickelt in: H. Merriman und J. DuVall: „Dissolving Terrorism at its Roots“ (Den Terrorismus an seinen Wurzeln auslöschen), in S. Ram und R. Summy (Hrsg): „Nonviolence: An Alternative for Countering Global Terrorism“ (Gewaltfreiheit: Eine Alternative zur Abwehr des globalen Terrorismus), Hauppauge, NY, Nova Science Publishers, 2007, sowie in Diana Francis: „People, Peace and Power: Conflict Transformation in Action“ (Menschen, Frieden und Macht: Konflikttransformation in Aktion), Pluto Press, 2002.

Erhaltung einer intakten Umwelt und tägliches Auskommen als Minimalforderungen). Wie wir gesehen haben, stellt uns dies vor die Qual der Wahl, entweder Werte zu verteidigen und unsere Unabhängigkeit von Regierungen zu bewahren - was uns aber vieler Mittel für das Überleben unserer Organisationen beraubt -, oder aber wir akzeptieren Finanzmittel von der Regierung und zahlen den Preis der kollektiven Komplizenschaft.

Man muss sich allerdings auch vor Augen führen, dass die Zivilgesellschaft Regierungen gegenüber durchaus nicht völlig machtlos ist. Es wäre zum Beispiel interessant, sich auszumalen, wie die britische Regierung wohl reagiert hätte, wenn Friedens-, Hilfs- und Entwicklungsorganisationen vor dem Irak-Krieg 2003 einmütig die klare Position vertreten hätten, dass sie jegliche Aufbauarbeit nach der Beendigung des gewaltsamen Konflikts im Irak boykottieren würden - mit der Begründung, dass der Einmarsch illegal war. Viele demokratische Regierungen sind sich darüber im Klaren, dass sie die Zivilgesellschaft brauchen, um Schlüsselemente ihrer Innen- und Außenpolitik umzusetzen. Autoritären Regimes wiederum können entschlossen auftretende Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft empfindliche Wunden zufügen, insbesondere wenn sie Zugang zu externen Medien haben und vielleicht sogar in der Lage sind das Regime selbst herauszufordern. Es gibt a priori also keinen Grund dafür, dass Friedensstifter gegenüber Regierungen mit anscheinend vorausseilendem Gehorsam eine „Wir-sind-dabei“-Haltung einnehmen sollten, wies dies zurzeit in unserer Bewegung offenbar unangefochten verbreitet ist.

In diesem Zusammenhang könnte es von Vorteil sein, wenn Friedensaktivisten zusammenkämen, um ihre Beziehungen zu Regierungen gemeinsam zu erörtern, Wege zur Maximierung ihrer kollektiven Macht zu finden und auf diese Weise einheitlichere Beziehungen zum Staat und zu anderen einflussreichen Kreisen zu aufzubauen.

Dabei sollten sie auch folgendes berücksichtigen:

- Zu welchem Ausmaß bestimmt die Finanzierung mit öffentlichen Geldern die Programme und die Organisationen, die diese umsetzen?
- Was würden sie gerne tun, was aber für Regierungen oder Wirtschaftsunternehmen nicht akzeptabel wäre und deshalb auch kaum finanziert würde?
- Wie wäre es möglich, von Regierungsfinanzen unabhängiger zu werden?
- Was wären die Vor- und Nachteile von alternativen Finanzierungsmodellen, einschließlich der Förderung durch Unternehmen?

4.1.4 Netzwerke und Verbindungen

Zur Vermeidung von Konkurrenz unter den Organisationen der Friedensbewegung, ist eine Koordination ihrer Aktivitäten notwendig. Wie können wir Synergien erreichen – dass sich also die unterschiedlichen Elemente der Friedensarbeit zu einem größeren Ganzen addieren als nur zur Summe der einzelnen Bausteine?

Ein Großteil der Friedensarbeit, ob lokal, national oder international, besteht aus separaten Projekten voneinander unabhängiger Organisationen. Es gibt eine Fülle von erfolgreichen Aktivitäten auf der lokalen Ebene. Doch nur zu oft bleiben sie isoliert vom weiteren Kontext auf regionaler und nationaler Ebene, von dem der lokale Frieden aber letztlich abhängig ist.

Es gibt bereits eine ganze Reihe Netzwerke und Koalitionen von unterschiedlicher Qualität und Effizienz. Wie könnten diese gestärkt werden, um die Arbeit für einen gesellschaftlichen Wandel auf verschiedenen Ebenen zu koordinieren – über die Grenzen von unterschiedlichen Themenstellungen und Lokalitäten hinweg? Für einen umfassenden Friedensaufbau müssen wir die irrsinnige Idee aufgeben, dass jede Organisation eine Insel ist, die nach ihrer eigenen Fassung ihr unabhängiges

Glück sucht. Stattdessen müssen wir damit anfangen, Informationen und Ressourcen systematisch zu teilen. Die Bildung solcher Allianzen wird eine neue Quelle der Legitimation und Kraft erschließen.

Friedensaktivisten neigen manchmal zu einem gewissen Evangelistentum: Sie vertreten die Auffassung, dass nur die Gegenseite ihre Wertvorstellungen ändern müsse, damit Frieden möglich werde. Es dürfte nicht überraschen, dass sich die so angesprochenen Menschen (geschweige denn Institutionen) solche Argumente kaum zueigen machen. Sie werden aber bestimmt positiver auf konkrete Ergebnisse reagieren, mit denen nachgewiesen werden kann, dass bestimmte Ansätze unter den gegebenen Umständen besser funktionieren als andere und kostengünstiger eingesetzt werden können. Dies legt nahe, dass es die konkrete Arbeit aus praktischen Richtlinien, technischer Umsetzung und Methoden ist, die oft den besten Zugang zu anderen gesellschaftlichen Gruppen bietet. In diesem Fall ist es unabdingbar, Wege zu finden, um den Samen der Transformation innerhalb dieser technischen Methoden zu säen.

Netzwerke können auch subversiv sein im positiven Sinne. Es gibt unserer Ansicht nach eine beträchtliche Anzahl von Menschen in Politik und Wirtschaft, die sich innerhalb ihrer Institutionen einen kreativeren, auf Werten gründenden Umgang mit Frieden und Konflikt wünschen und die in der Lage sind, die Politik entsprechend zu beeinflussen, wenn sie nur die richtigen Argumente und das Fachwissen zur Hand hätten. Sie könnten als „Insider“ betrachtet werden, die nach Alternativen suchen. Sie sind sich der Vorteile von systematischer, gut fundierter Friedensarbeit bewusst und erkennen das Versagen der dominanten kontrollorientierten und militarisierten Paradigmen. Sie sind daran interessiert zu lernen, wie man es anders machen könnte, wollen sich aber nicht auf ein grundsätzlich anderes Wertesystem einlassen. Sie können dies auch gar nicht, wenn sie ihren Job behalten wollen. Wäre dies ein möglicher Raum, wo informelle Kontakte - entweder systematisch verfolgt oder zunächst nur auf gemeinsamen Interessen und Identifizierungen basierend - zu einer übergreifenden Befruchtung mit Ideen und einer allmählichen Veränderung von Einstellung und Verhalten führen könnten?

Es wäre eine Herausforderung für die Gemeinschaft der Friedensstifter, ihren kollektiven Lernprozess in gemeinsamer Arbeit zu testen - ein Lernen sowohl aus Misserfolgen wie aus Erfolgen. Dies müsste dann in klarer, allgemein verständlicher Sprache ohne Fachjargon formuliert werden für diejenigen, die nicht Teil der Bewegung sind, damit sie es verstehen und Gebrauch davon machen können. Sollte es nicht vielleicht ein gemeinsames Forum geben, real oder virtuell, wo die diversen Akteure der Friedensarbeit mit ihren unterschiedlichen Ansichten ihre Erfahrungen austauschen und nach Synthesen suchen könnten?

Fallstudie 7: „Connect Four“ (Verbindung von vier Bereichen) – eine Initiative zur Entwicklung einer gemeinsamen strategisch-politischen Plattform in Großbritannien

Im Juli 2006 hat sich eine kleine Gruppe von Friedensarbeitern in Großbritannien mit Aktivisten aus den anderen Bereichen beraten, die in Kapitel Eins erwähnt wurden. Insgesamt vertraten sie die vier Felder wirtschaftliche Gerechtigkeit, Umweltfragen, Frieden und individuelle Rechte. Sie wollten ausprobieren, inwieweit die gedankliche Arbeit zwischen diesen verschiedenen Bereichen und den darin arbeitenden Organisationen miteinander verknüpft werden könnte. In ihrem anschließenden Bericht schrieben sie folgendes:

„Wir haben uns zunächst darauf verständigt, dass wir mit einer detaillierten Ausarbeitung unserer Situationsanalyse beginnen würden, und zwar durch individuelles und kollektives Nachdenken und Aufschreiben unter Bezug auf eine Vielfalt von Zusammenhängen. Parallel dazu sollte ein wechselseitiger Austausch von Ideen unterschiedlicher Kreise stattfinden, indem wir verschiedene Foren für Dialog und Debatten einrichten. Je nach Ergebnis unserer Analyse würden wir dann beginnen, Strategien zu entwickeln, basierend auf einem gemeinschaftlichen Denken und Gedankenaustausch. Wenn diese Grundsätze erst einmal formuliert sind, sollen sie dann weiter verbreitet werden, wobei der Zugang zu weiteren Kreisen und Institutionen zu suchen wäre.

Was wir während dieser Konsultationen zu erreichen hofften, war zunächst ein Ausloten der Verbindungen zwischen unseren vier Wirkungsbereichen, wie wir diese selbst sehen. Davon sollte dann eine rationale Begründung für unsere Zusammenarbeit abgeleitet werden. Ferner sollte die Gruppe gemeinsam der Frage nachgehen, welche konkrete Initiative wohl am produktivsten sein könnte, falls sich eine solche finden lässt.

Diese Erkundungsarbeit, so dachten wir, könnte dann eine Publikation oder auch mehrere Publikationen nach sich ziehen – und ebenso einen permanenten oder gelegentlichen Gedankenaustausch, eine große gemeinsame Konferenz, gemeinsame Lobby-Arbeit, einen gemeinsamen Dialog hinter den Kulissen sowie eine vereinte und konzertierte Kampagne. Wir waren aufgeschlossen für alle Möglichkeiten...

Am vereinbarten Tag kam eine exzellente Gruppe von etwa 20 Personen in Oxford zusammen, und ihr Erfahrungsaustausch war reich an Analyse und Ideen für eine Öffentlichkeitsarbeit sowie für die „gewichtigeren“ Arbeit zur Beeinflussung der Politik. Das Protokoll der Konsultationen wurde ordnungsgemäß geschrieben und an alle Betroffenen verteilt, und einige Personen bekundeten ihr Interesse, auch weiterhin in diesen Prozess einbezogen zu sein. Wir fühlten uns hinreichend ermutigt, weit umfangreichere Projektmittel zu beantragen als sonst. Der Vorschlag, den wir unterbreiteten, konzentrierte sich ebenfalls stark auf einen Dialogprozess, der auf diverse gesellschaftliche Gruppen ausgeweitet werden sollte und ebenso spezifische Arbeitsgruppen im Bereich Medien, Veröffentlichungen etc. erfassen sollte. Vielleicht war dieser Projektvorschlag zu wenig spezifisch und auch zu ehrgeizig, jedenfalls erhielten wir keine Finanzmittel, um diese Idee voranzubringen. Und Verhandlungen mit einer speziellen Organisation, die lebhaftes Interesse an dem Projekt geäußert hatte, verliefen im Sande...

Der Bedarf für eine politische Initiative dieser Art scheint heute sogar noch größer als zu jener Zeit. Die Möglichkeit eines katastrophalen Angriffs auf den Iran, die zunehmende Aushöhlung der Menschenrechte und Bürgerrechte, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die sichtbaren Anzeichen einer künftigen Klimakatastrophe – all dies macht die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Wandels immer dringlicher.“

Die Initiativgruppe besteht noch und ist für Ideen zur Weiterführung dieses Denkens dankbar.

Basierend auf: Diana Francis: „A project to transform policy, starting in the UK“ (Ein Projekt zur politischen und programmatischen Transformation mit Ausgangspunkt in Großbritannien). CCTS Review 35, November 2007. Siehe: <http://www.c-r.org/ccts35/francis.htm>

4.1.5 Den Wandel herbeiführen

In Reaktion auf die weit verbreitete Über-Begeisterung für Projekte ist es notwendig, die Ambitionen und Leistungen auf die höhere Ebene des allumfassenden Ziels anzuheben. Wie können wir grundsätzlich verändernde Elemente in unsere Friedensarbeit einbeziehen, sei es Widerstand oder die Förderung neuer Initiativen?

Evaluierung und Bedarfsanalyse sind Bereiche, die in den vergangenen Jahren einen immer größeren Stellenwert erhalten haben. Es gibt heute eine breitere Tendenz als früher, sich auf die Ergebnisse eines einzelnen Projekts zu konzentrieren, und verlässlichere Erkenntnisse darüber, ob die Ziele erreicht wurden. Mit dem Fokus auf Projekte bleibt jedoch der größere gesellschaftliche Zusammenhang oft unberührt. Projektberichte, mögen sie ehrlich sein oder nicht, übersehen in der Regel die Auswirkungen auf die weitergehenden Ziele.

Es ist notwendig, unseren Horizont zu erweitern und unsere Konzepte ebenso zu evaluieren wie signifikante Ergebnisse. Bei der Friedensarbeit geht es nicht nur um Programme, die im Sinne ihrer eigenen Terminologie Wirkungen erzielen, sondern es geht ebenso darum, transformativen Wandel herbeizuführen. Es geht darum sicherzustellen, dass die Projekte einen Bezug sowie Auswirkungen haben auf einen allumfassenden Frieden, auf das Gesamtkonzept „peace writ large“ (Frieden großgeschrieben). In diesem Fall müssen sie notwendigerweise die politischen und wirtschaftlichen Einstellungen von Menschen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene beeinflussen. Was wurde real verändert? Wie kann man das erkennen? Wer ist daran interessiert?

Die angestrebte Wirkung liegt demnach nicht immer in der Förderung neuer Initiativen. Sie liegt in der Erzeugung von Spannkraft und Widerstand - indem man es nicht zulässt, dass politische Zweckmäßigkeit eine bestimmte Situation dominiert, indem man kurzfristige Lösungen verwirft, die langfristig negative Auswirkungen haben könnten, oder indem man Erreichtes aus vergangenen Jahren verteidigt. Es ist ebenso wichtig, sich vor Augen zu führen, dass der Samen der Veränderung in einzelnen Arbeitsabschnitten Früchte tragen kann, wie das Schaubild 1 in Kapitel Drei (Seite 30) zeigt.

Die ausgiebig dokumentierte Initiative aus den 1990er Jahren zur Beendigung von Stammesfehden im Distrikt Wajir in Norden Kenias war ursprünglich nur ein einzelner Arbeitsakt - freilich mit vielen technischen Aspekten zur Sicherstellung des Ziels, die Gewalt zu beenden. Die Arbeit enthielt aber transformative Elemente, die weitergehende Wirkungen ermöglichten, sowohl im geographischen wie im zeitlichen Sinne. Diese Elemente bezogen sich unter anderem auf die Tatsache, dass die Initiative von Frauen getragen wurde, die selbst Teil eines größeren Netzwerks waren. Ziel war es, jede Person zu beeinflussen und zu stärken, die mit der Sache konfrontiert war - einschließlich Regierungs- und Geheimdienstmitglieder. Die Initiative schuf eine umfassende, auf vielen Ebenen angesiedelte Infrastruktur des Friedens, repräsentiert durch das Wajir Peace and Development Committee (Wajir-Komitee für Frieden und Entwicklung). Und was vielleicht entscheidend war, die Initiative verzichtete im Anfangsstadium auf externe Geldmittel und akquirierte die notwendigen Finanzen von den Betroffenen selbst sowie von lokalen Sympathisanten und Geschäftsleuten.

Die Herbeiführung des Wandels ist also nicht unbedingt eine Frage des Ausmaßes, sondern einer sorgfältigen Einbeziehung schöpferischer subversiver Elemente in die Alltagsaktivitäten. Dies erfordert ein Denken in Zusammenhängen und ein bewusstes Vernetzen von Ideen - sowohl innerhalb der Friedensbewegung als auch mit verwandten Sektoren, auf unterschiedlichen Ebenen. Es bedeutet, langfristig zu denken und zu planen und auf diese Weise die Grenzen der Projektmentalität zu überschreiten.

4.1.6 Aus Taten lernen

Wegen des Bedarfs einer ausreichenden Menge hoch qualifizierter Fachleute ist es notwendig, eindeutige Lehren zu ziehen aus der Arbeit, die die Einsatzkräfte vor Ort auf unterschiedlichen Gebieten derzeit leisten (und nicht nur sagen, dass sie dies leisten). Diese Einsichten gilt es dann in die Praxis umzusetzen. Wie können wir sicherstellen, dass ein solches Lernen unsere Fähigkeit steigert, systematischer für den Wandel einzutreten?

Es dürfte nicht überraschen, dass Friedensarbeit viele unbeabsichtigte Auswirkungen haben kann - von positiven Ergebnissen bis hin zu ausgesprochenen Misserfolgen. Wir leben nicht in einer Welt von linearen Ursachen und Wirkungen, obwohl wir häufig so planen, als sei dies der Fall. Eine systematische Planungsstruktur kann durchaus nützliche Einblicke bieten, wie Veränderungen sich vollziehen. Notwendig ist aber auch ein hohes Maß an interaktivem Lernen und Anpassungsbereitschaft auf personeller wie auf institutioneller Ebene. Dies verlangt die Bereitschaft, ständig aus der Friedensarbeit sowie aus vergleichbaren Bereichen zu lernen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis einfließen zu lassen. Für die meisten Organisationen bedeutet dies eine Veränderung ihrer internen Kultur mit dem Ziel eines zukunftsorientierten und offeneren Austauschs von Erfolgen und Misserfolgen und einer größeren Bereitschaft, die künftige Arbeit mit anderen gemeinsam zu planen.

Außerdem ist es notwendig, in eine spezielle Ausbildung für Friedensstifter und Akteure des Wandels zu investieren. Und darin muss das Lernen aus Taten im Mittelpunkt stehen. Ein lehrreiches Beispiel aus dem Bereich der Entwicklungshilfe ist der Ansatz „Participatory Rural Appraisal“ (PRA) – ein partizipativer Entwicklungsansatz, der auf die Selbstbestimmung und -mobilisierung lokaler Gruppen in ländlichen Regionen abzielt und die gleichberechtigte Mitsprache und Teilhabe marginalisierter Gruppen an lokalen Entwicklungsinitiativen anstrebt. Wie können Friedensorganisationen es schaffen, auf ähnliche Weise neue Ideen zu entwickeln mit dem erklärten Ziel, ihre Partner vor Ort auf ein neues Niveau zu heben?

Fallstudie 8: Studien zur angewandten Konflikttransformation – einen Pool von interaktiven Akteuren aufbauen

Grundidee: Die Trennung Akademiker – Praktiker überwinden

Ein Versuch, die Kluft zwischen akademischen Programmen und den Bedürfnissen der Akteure vor Ort zu überwinden, wurde bei der Entwicklung von „Studien zur angewandten Konflikttransformation“ (Applied Conflict Transformation Studies - ACTS) unternommen - ein Programm, das von der in Großbritannien ansässigen Organisation Responding to Conflict (Reaktion auf Konflikte - RTC) initiiert wurde. ACTS ist ein zweijähriger Teilzeit-Studiengang mit Master-Abschluss in Konflikttransformation, strukturiert in sechs Modulen (Theorie des Konflikts; Konflikt, Macht und Wandel; Transformation gewaltsamer Konflikte; nachhaltiger Friedensaufbau; Ableitung von Theorien aus der Praxis; Akteure der Transformation). Jedes dieser Module besteht aus einem Seminar mit Internatsunterbringung und einem Praktikum. Der Studiengang wird derzeit in Asien angeboten (mit Verwaltungssitz in Kambodscha) sowie auf dem Balkan und im Nahen Osten (mit Verwaltungssitz in Serbien).

Methodologie: Lernen aus Taten und Forschung

Im Mittelpunkt der ACTS-Methode steht die theoretische Überprüfung von Aktionen, kombiniert mit der Studie und Erprobung von Konflikttheorien und praktischen Ansätzen im Umgang mit Konflikten. Die Methodologie der Aktionsforschung schließt sich wiederholende Zyklen von Aktion, Reflexion und Planung ein mit einem Schwerpunkt auf drei Ebenen: das Individuum als Gegenstand der Aktionsforschung, der interaktive zwischenmenschliche Kontakt und die größere Gemeinschaft oder Gesellschaft. Die Aktionsforschung verlangt von den Studenten, sich zunächst mit ihrer eigenen Praxis auseinander zu setzen, indem sie erkennen, dass sie als Akteure einer Intervention den Ausgang einer bestimmten Situation beeinflussen werden. Diese Herangehensweise ermutigt dazu, sich seiner eigenen Motivation und Werte bewusst zu werden und ebenso andere Menschen und deren Sichtweise zu verstehen. Durch systematische Reflexion ihrer Arbeit entwickeln die Studenten nach und nach ihre eigenen Praktiken und Fähigkeiten. Was ist ihre Rolle bei der Herbeiführung von sozialem und politischem Wandel? Wie können sie effektivere Akteure des Wandels werden und Führungspersonlichkeiten in ihren Organisationen und Gemeinschaften?

Die Aktionsforschung konzentriert sich stark auf den Einzelnen und verlangt von den Studenten, einen genauen Blick auf ihre eigene Arbeit zu werfen. Wann sind ihre Programme erfolgreich und warum? Auf welche Weise müssten sie verbessert werden? Was können ihre Kollegen und Organisationen aus ihren Studien lernen? Und darüber hinaus: Welche Bedeutung hat ihre Forschung für das weitere Feld der Konflikttransformation? Im besten Fall befähigt ACTS die Praktiker, über ihre Arbeit und konkreten Ansätze zu schreiben. Damit ermöglichen sie neue Erkenntnisse über das Feld der Konflikttransformation aus der Perspektive konkreter Erfahrung aus erster Hand.

Struktur: global und dennoch lokal

Das ACTS-Kern-Curriculum ist ausgerichtet auf die Erfordernisse einer bestimmten Situation. Teams von Trainern werden zentral angeheuert. Sie bestehen in der Regel aus Tutoren der Region, in der der Kurs stattfindet. Hinzugezogen werden internationale Trainer, die eine erweiterte Perspektive einbringen.

Reflexionen

ACTS ist der erste und bislang einzige universitäre Kurs zur Konflikttransformation, der sich auf die Aktionsforschung stützt. Er wirft unweigerlich Fragen auf bezüglich seiner Legitimität und Qualität. Dennoch legen die positiven Erfahrungen mit der ersten Gruppe graduerter Absolventen aus dem Jahr 2007 den Schluss nahe, dass ein Lernen aus Taten eine weitläufig anerkannte Ausbildungsmethode innerhalb der Friedensbewegung werden könnte. Während sich ACTS weiter entwickelt, stellt sich das involvierte Team indes die Frage, ob ihr übergeordnetes Ziel, nämlich die notwendige Anzahl von theoretisch versierten Praktikern in strategischen Bereichen auszubilden, vielleicht verwässert werden könnte im Prozess der Etablierung des Programms auf globaler Ebene.

Quellen: www.globalacts.org, www.respond.org

Als Reaktion auf die vielfältigen Herausforderungen, die im vorangegangenen Kapitel skizziert wurden, wurden in diesem Kapitel bisher sechs wesentliche Aspekte herausgestellt, die unter günstigen Umständen eine AGENDA für transformativen Friedensaufbau konstituieren könnten:

- A** für Rechenschaftspflicht (**A**ccountability)
- G** für **G**lobale Ziele
- E** für Stärkung (**E**mpowerment)
- N** für **N**etzwerke
- D** für Wandel herbeiführen (**D**elivering change)
- A** für aus **A**ktionen lernen

4.2 Was können wir sagen?

Während alle diese Punkte mögliche Wege aufzeigen, auf die notwendigen Entwicklungen innerhalb der Friedensbewegung einzugehen, werden die Akteure noch Bedenkzeit einfordern, bevor sie verbesserte Alternativen erarbeiten und umsetzen. Aber es müsste eigentlich klar sein, dass wir in Anbetracht des aktuellen politischen Zeitfensters für eine große Chance nicht mit dem Luxus beglückt sind, Zeit zu haben.

Die Erkenntnisse und Strukturen der Friedensarbeit werden nach wie vor nur begrenzt gewürdigt und bei der politischen Entscheidungsfindung weitgehend ignoriert. Regierungen investieren nur in geringem Maße in die Entwicklung und Anwendung von gewaltfreien Lösungen. Warum ist das so? Kommt es vielleicht daher, dass die Erkenntnisse der Friedensarbeit immer noch nicht in einer solchen Form vorliegen, dass Politiker und andere Entscheidungsträger sie leicht auffinden und entsprechend umsetzen können? Mangelt es an einer qualifizierten Kommunikation der Lernprozesse oder an politischer Klugheit und Willensstärke, um die Erkenntnisse gezielt in die politische Debatte einzubringen? Oder herrscht Unvermögen, solche Fragen anzusprechen angesichts des dominierenden Interesses an einer militarisierten Sicht der Welt? Was kann getan werden, um die derzeit günstige Gelegenheit nicht zu verpassen?

Ein praktischer Schritt in die richtige Richtung könnte darin bestehen, auf eine integrierte politische Plattform hinzuarbeiten, die ihre Ziele erklärtermaßen auf Kooperation und nicht auf Dominanz gründet.³² Ein solcher Schritt könnte anfangs eine Reihe von Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenbringen mit dem Ziel, miteinander eine Analyse auszutauschen und zu vertiefen, die die Verflechtung der vier Domänen des Friedens anerkennt: wirtschaftliche Gerechtigkeit, Respekt für die Umwelt, Respekt für die Menschenrechte sowie Teilhabe an politischen Entscheidungen. So eine Gruppe könnte sich in der ersten Instanz folgenden Aspekten widmen:

- Erforschung der Verflechtungen der vier genannten Domänen auf diversen Ebenen
- Einbeziehung der gewonnenen Erkenntnisse in die eigene Arbeit und Planung
- Formulierung politischer Strategien unter Beachtung aller vier obigen Bereiche
- Lobby-Arbeit für die Annahme solcher Strategien – durch Regierungen, wenn immer dies möglich erscheint – bei gleichzeitiger Suche nach neuen Wegen, den Zielen auch parallel zu Regierungskontakten zum Durchbruch zu verhelfen. Wichtig wäre hier die Einbeziehung weiterer Institutionen wie der UN, der globalen Zivilgesellschaft und Plattformen wie das Weltsozialforum.
- Bekanntmachung der Hintergründe dieses Ansatzes, und zwar so umfassend wie möglich.

³² Riane Eisler: „The Chalice and the Blade: Our History, Our Future“ (Der Kelch und die Klinge: Unsere Geschichte, unsere Zukunft), London: Unwin Paperbacks, 1990 sowie Diana Francis: „Rethinking War and Peace“ (Krieg und Frieden überdenken), London: Pluto Press, 2002

So ein Prozess könnte in jedem beliebigen Land beginnen, in Europa ebenso wie anderswo. Schließlich gibt es eine ganze Reihe von Ländern, die in der Vergangenheit (zum Segen oder zum Fluch) einen beachtlichen Einfluss auf den Rest der Welt hatten und bis heute haben.

4.2.1 Den politischen Wandel erzeugen

Wenn wir große Wellen schlagen wollen, dann müssen wir uns über die Theorien im Klaren sein, wie politischer Wandel sich vollzieht. Das ist ein Thema, das jetzt häufig in Seminaren zum Friedenaufbau abgehandelt, aber weniger oft auf einer strategischen Ebene praktisch umgesetzt wird, schon gar nicht bei INGOs. Zu welchen Schlussfolgerungen wir auch immer gelangen, entscheidend ist es, sich von der Graswurzel-Ebene aus nach „oben“ vorzuarbeiten, also auch die mittleren und höchsten Ebenen zu erfassen.

Ein Weg besteht darin, so schnell wie möglich einen zeitlich begrenzten Prozess zu initiieren, um die Kernerfahrungen von Praktikern gezielt zu bündeln, und zwar effektiver als dies bislang geschehen ist. Auf diese Weise würde man mehr über die Herbeiführung von konzertierten Veränderungen auf mehreren Ebenen erfahren. Was daraus resultiert, könnte die unterschiedlichsten Formen annehmen: eine Grundlage der Lobby-Arbeit und der Kampagnen für kohärente politische Alternativen, womit man sich dann an Regierungen und andere Entscheidungsträger wenden kann; ein Video oder Handbuch für die breitere Öffentlichkeit – kurz, bündig und präzise mit klaren politisch-strategischen Optionen und angereichert mit praktischen Beispielen und theoretischen Grundsätzen. Das Ziel wäre es nachzuweisen, dass eine Annahme dieser Strategien und Prinzipien den politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen Persönlichkeiten das Leben erleichtern würde, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik - wenn so eine Unterscheidung künftig überhaupt noch aufrechterhalten werden kann.

Ein solcher Prozess würde Friedensstifter dazu antreiben, sich zusammen zu setzen und ihre spezifischen theoretischen und praktischen Erkenntnisse darzulegen sowie die Alternativen, die sie ganz realistisch betrachtet beisteuern und vertreten können, basierend auf ihrer Kenntnis und Erfahrung der verschiedenen Bereiche der Politik. Dies umfasst zum Beispiel Terrorabwehr, Klima und Umwelt, Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft und Bildung.

Hierfür gibt es diverse Chancen in verschiedenen Ländern sowie auch die notwendigen Türöffner. Zum Beispiel beherbergt eines der bedeutendsten wissenschaftlichen Institute Großbritanniens, das Institut für Öffentliche Politikforschung (Institute for Public Policy Research) eine unabhängige Kommission zur nationalen Sicherheit im 21. Jahrhundert. Deren Aufgabe ist es, einen Beitrag zu leisten zur Bewertung, strategischen Ausrichtung und theoretischen Fundierung der nationalen Sicherheitspolitik in Großbritannien.³³

Die Vereinten Nationen bieten Möglichkeiten zum Engagement auf Ebenen, auf denen die lokale Zivilgesellschaft bislang nur begrenzte Einflussmöglichkeiten auf die Politik hatte – insbesondere vielleicht über die neue UN-Kommission für Friedenskonsolidierung (Peacebuilding Commission). Ein anderer aktueller Prozess ist die Genfer Erklärung über bewaffnete Gewalt und Entwicklung (Geneva Declaration on Armed Violence and Development), die im Juni 2006 unterzeichnet und inzwischen von mehr als 70 Ländern angenommen wurde. Sie verpflichtet die Vertragsstaaten zur Unterstützung von „Initiativen zur Bestimmung der menschlichen, sozialen und ökonomischen Kosten bewaffneter Gewalt, zur Bewertung der Risiken und Schutzbedürfnisse, zur Evaluierung von Programmen zur Reduzierung bewaffneter Gewalt sowie zur Verbreitung ihrer Erfahrungen mit der bestmöglichen Vorgehensweise“.³⁴ Es gibt einen riesigen Spielraum für die Zivilgesellschaft, sich für

³³ Für weitere Informationen siehe: <http://www.ippr.org/ipprcommissions/?id=2656&tid=2656&node=1>

³⁴ Geneva Declaration on Armed Violence and Development (Genfer Erklärung über bewaffnete Gewalt und Entwicklung), p.2. Siehe: http://www.genevadeclaration.org/pdfs/Geneva_Declaration_English.pdf

die Umsetzung solcher lobenswerten Ideen zu engagieren, auch wenn Regierungen davon nicht immer begeistert sind. Das UN-Büro der Quäker in Genf stellt ein formelles Netzwerk für die Zivilgesellschaft bereit, um die Umsetzung der obigen Deklaration sicherzustellen.

Vieles hiervon mag willkürlich klingen, aber politischer Wandel ist mehr eine Kunststrickung als eine präzise Naturwissenschaft. Insider sagen häufig, es handele sich um einen Zufallsprozess, in sich dem bedeutende Momente von echter Aufnahmebereitschaft und Offenheit für einen Wandel plötzlich auf unvorhersagbare Weise ergeben. Aber wenn dies geschieht, werden Entscheidungsträger ernsthaft alle Möglichkeiten abwägen, die von glaubwürdigen Kreisen angeboten werden und ihnen eventuell aus einer misslichen Lage heraushelfen könnten. Solche echten Alternativen in einem günstigen Augenblick können dann in bemerkenswert kurzer Zeit zu politischen Leitlinien erhoben werden.

Wann werden diese kritischen Momente auftreten? Milton Friedman, der Wirtschaftsguru, dessen Schüler in vielen Gesellschaften einen weit reichenden und höchst umstrittenen Wandel eingeleitet haben, schrieb einmal: „Nur eine Krise - aktuell vorhanden oder auch nur als solche empfunden – produziert einen wirklichen Wandel. Wenn diese Krise eintritt, hängen die Maßnahmen, die dann ergriffen werden, von den verfügbaren Ideen ab. Das, so glaube ich, ist unsere grundlegende Funktion: Alternativen zur existierenden Politik zu entwickeln, sie am Leben und solange verfügbar zu halten, bis das politisch Unmögliche politisch unvermeidbar wird.“³⁵

Dazu muss aber auch politischer Wille mobilisiert werden. Die einschlägigen Erkenntnisse über politische Einflussnahme legen nahe, dass Experten mit umfassenden Informationen, Erfahrung und guten Argumenten eine bedeutende Rolle spielen, was aber bei weitem noch nicht ausreicht. Ebenso wichtig sind mindestens zwei weitere Faktoren, wie der Autor von „Tipping Point“ (Wendepunkt)³⁶ empfiehlt:

- Menschen, die für die Sache nützliche Menschen kennen; *Netzwerker*, die Insider mit Informationen versorgen können; und Menschen, die dank ihrer weit reichenden Kontakte zur Welt der Politik Einfluss ausüben können
- Menschen, die überzeugen können: *Fürsprecher*, die die einschlägigen Ideen und Werte so erfolgreich vertreten können, dass sie allgemein akzeptiert und übernommen werden.

Netzwerker, Fürsprecher und Praktiker, die auf konzertierte Weise in der globalen Zivilgesellschaft kooperieren - dies könnte die wesentlichen Elemente vereinen, um den politischen Willen für einen alternativen Ansatz zu erzeugen. Und dann könnten auch neue Strukturen und Prozesse entstehen, denen sich die gegenwärtige Politik noch widersetzt oder über die sie noch gar nicht verfügt.

Das Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und den Entscheidungsträgern auf staatlicher Ebene ist von Natur aus unvermeidlich schwierig und sollte auch so sein. Aber es wird zumindest weniger von Abhängigkeit gekennzeichnet sein, wenn Politiker zu verstehen beginnen, dass die Gemeinschaft der Friedensstifter über nützliches, praktisch anwendbares und Kosten sparendes Fachwissen verfügt. Machtbefugnisse würden sich in diesem Falle aus weiterer Forschung und besserer Förderung der Erkenntnisse ableiten, unterstützt von internationaler Kooperation und Solidarität.

³⁵ Milton Friedman: „Capitalism and Freedom“ (Kapitalismus und Freiheit), 1962, nachgedruckt von University of Chicago Press 1982, zitiert bei: Naomi Klein: „The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism“ (Die Schock-Doktrin: Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus), Penguin/Allen Lane, 2007

³⁶ Malcolm Gladwell: „The Tipping Point: How Little Things Can Make a Big Difference“ (Der Wendepunkt: Wie kleine Dinge einen großen Unterschied machen können), Abacus 2002

Fazit

Dieser offene Brief plädiert für einen tief greifenden Wandel - er fordert, dass diejenigen, denen die Konsolidierung des Friedens ein wichtiges Anliegen ist, innehalten (ja: innehalten) und gemeinsam darüber nachdenken, inwieweit ihre Aktivitäten tatsächlich zu der Welt beitragen, die sie sich wünschen. Was sind die tiefsten und essentiellsten Veränderungen, auf die sie hinarbeiten, und wie tragen ihre konkreten Aktionen und Programme zu deren Verwirklichung bei?

Dieser Prozess muss in sich selbst kreativ sein. Er erfordert von den beteiligten Aktivisten, außerhalb gewohnter Schubladen zu denken. Er wird zu einer offensiveren Herangehensweise führen - die Menschen dort abholen, wo sie sich befinden, und vermeiden, zu moralisieren oder sie zu einer anderen Denkweise bekehren zu wollen. Er erfordert ein Engagement sowohl auf Regierungsebene, um politische Zielvorstellungen zu bekämpfen oder zu entwickeln, als auch innerhalb der Gesellschaft, um Alternativen zu erarbeiten und Bewegungen zu mobilisieren.

Dieser Prozess sollte Fragen aufwerfen über die Effizienz und die Kosten der gängigen militärischen Modelle - nach ihren eigenen Erfolgskriterien ebenso wie nach denen der Friedensbewegung. Er sollte es vermeiden, Behauptungen aufzustellen, die nicht nachgewiesen werden können, und er sollte einräumen, dass in bestimmten Bereichen noch mehr praktische Erfahrung und Prüfung für eine endgültige Einschätzung notwendig ist. Er sollte sich auf Nachweisbares stützen und daraus seine Rechtfertigung beziehen. Er sollte es ferner vermeiden, von Werten und wahren Erfordernissen abzurücken und so auf technische Lösungen reduziert zu werden.

Die Gemeinschaft der Friedensstifter und diejenigen, die sich als Teil davon sehen, können sich unserer Ansicht nach nicht vor dieser Herausforderung drücken. Wenn diese Bewegung sich von ihren ureigensten transformativen Werten abwendet und sich nicht voll und ganz auf die Auseinandersetzung mit Machthabern und Politikern einlässt, hat sie vielleicht die Chance, sich institutionell zu entwickeln und ein Maß an offizieller Akzeptanz zu erreichen. Sie hat aber möglicherweise viel von ihrer Daseinsberechtigung eingebüßt, die ihre Existenz begründet hat. Sollte die Friedensbewegung künftig nur noch technische Expertise bereitstellen, um mächtigen Staaten und Wirtschaftsunternehmen dabei zu helfen, ihre Dominanz über das globale System freundlicher und preiswerter auszuüben, dann hätte sie es kurzfristig sicherlich leichter. Aber langfristig wird sie dies nicht rechtfertigen können angesichts einer Welt, in der die natürlichen Ressourcen immer knapper werden und die Hoffnungen auf eine nachhaltige Zukunft auch von der raschen Verschlechterung der Umweltqualität in Frage gestellt werden.

Was kommt als Nächstes?

Vieles von dem, was hier gesagt wurde, ist unvollständig und strittig oder beides. Einige Leser mögen auf diesen Seiten Streitfragen erkannt haben, mit denen sich selbst schon seit geraumer Zeit herumschlagen. Andere mögen es vorziehen, die zentralen Vorschläge dieses offenen Briefs zurückzuweisen oder wegzusehen und zum Tagesgeschäft zurückzukehren. Oder sie mögen daran interessiert sein, sich in das Gespräch einzuklinken. Ist da jemand, da draußen?